Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal. Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 15 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr), Postscheckkonten: Dortmund 2852 und Hannover 21 874. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 62.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt, Welthofener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preise: Für die achtgespaltene Millimeterzeile 6 Pfg., Auswärtige 10 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Für telefonisch aufgegebene Inserate übernehmen wir keine Gewähr. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde • Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. • Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 29 (Erstes Blatt) Schwerte (Ruhr), Donnerstag, den 4. Februar 1926. 59. Jahrgang.

Neues in Kürze.

Wiederwahl Jarres zum Oberbürgermeister.

wp. **Duisburg,** 3. Febr. Bei der Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Duisburg wurde der bisherige Oberbürgermeister Dr. Jarres mit 41 gegen 12 Stimmen der Kommunisten auf weitere 12 Jahre gewählt.

Zur Rheinlandreise des Reichspräsidenten.

wtb. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Der Herr Reichspräsident wird die Städte Köln, Bonn und Krefeld am 21. und 22. März, nicht, wie entgegen unserer gestrigen Meldung festgestellt sei, am 22. und 23. März, besuchen.

Aus dem Reichswirtschaftsrat.

vdz. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Der wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem vom Sonderausschuß zur Beratung des Entwurf eines Gesetzes zur Forderung des Preisabbaues vorgeschlagenen Gutachtens zu Artikel 1 dieses Gesetzentwurfs. (Vgl. zur Abwendung des Konkurses.) Das Gutachten wurde mit einigen Aenderungen angenommen.

Der Absatz des deutschen Kalisyndikats.

wtb. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Der Absatz des deutschen Kalisyndikats G. m. b. H. im Januar 1926 betrug 948 663 Doppelzentner Reinkali.

Schutzverband für deutschen Grundbesitz.

wtb. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Der Schutzverband für deutschen Grundbesitz nahm heute in einer Delegiertenversammlung einmütig zwei Entschließungen an, die sich gegen die Bestrebungen der Bodenreformer, das Städtebaugesetz und die Berliner Bauordnung richten. Die Delegierten verlangen Milderung und Abhilfe, damit die Wirtschaft nicht noch mehr geschädigt und die Wohnungsnot nicht noch weiter vermehrt wird.

Dr. Joh. Lepsius gestorben.

pw. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Der Voss. Ztg. zufolge ist der Theologe und Kirchenpolitiker D. Dr. phil. Johannes Lepsius, der jüngste Sohn des Aegyptologen Richard Lepsius, im Alter von 67 Jahren in Potsdam gestorben.

Abg. Dr. David Münchener Ehrendoktor.

vdz. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität München hat den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und früheren Reichsinnenminister Dr. Eduard David wegen seiner wertvollen, unparteiischen und unbefangenen wissenschaftlichen Erörterungen agrarpolitischer Probleme zum Doktor der Volkswirtschaft ehrenhalber ernannt.

Erledigung des Falles Beerfelde.

wtb. **Berlin,** 4. Febr. (Tel.) Der Reichsminister des Auswärtigen, Stresemann, hatte sich vor einiger Zeit genötigt gesehen, gegen den bekannten Pazifisten Hauptmann a. D. von Beerfelde, der im Zusammenhang mit der Erörterung der Kriegsschuldfrage den Minister in der Oeffentlichkeit persönlich angegriffen hatte, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Nunmehr teilte Beerfelde dem Minister schriftlich mit, er habe sich überzeugt, daß der Minister der objektiven Erforschung der Kriegsursachen keine Schwierigkeiten in den Weg lege. Er hatte nicht die Absicht, den Minister persönlich zu beleidigen und nehme seine Aeußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Der Minister hat daraufhin den Strafantrag zurückgezogen.

Ein Student als Hochverräter

wtb. **Leipzig,** 3. Febr. (Tel.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich heute der 26 Jahre alte Student Menz aus Gütersloh wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Sprengstoffverbrechens und Vergehens gegen die Waffenordnung zu verantworten. Der Reichsanwalt beantragte drei Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte Menz zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis und 350 Mark Geldstrafe. Die Geldstrafe und 1 Jahr 6 Monate Gefängnis werden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Italienisch-schweizerischer Gedankenaustausch.

wtb. **Bern,** 4. Febr. (Funkspruch.) Zwischen der italienischen Regierung und dem schweizerischen Bundesrat findet ein gegenseitiger Gedankenaustausch statt über die Lage der italienischen Handelskammer in der Schweiz. Man erwartet, daß die in Frage stehenden Angelegenheiten zur Genugtuung beider Regierungen in nächster Zeit gelöst sein werden.

Neues Auftauchen von Frankenfälschungen.

wtb. **Budapest,** 4. Febr. (Funkspruch.) Blättermeldungen zufolge begibt sich der Direktor der Bank von Frankreich, Graviere, von hier nach Brüssel, da dort neue Fälschungen von 1000-Franknoten aufgetaucht sein sollen.

Ein Zwischenfall auf der Sowjetbotschaft in Paris.

wtb. **Paris,** 3. Febr. (Tel.) Wie das Journal berichtet, bestand gestern ein 27jähriger ehemaliger georgischer Offizier namens Melidse darauf, von einem Sekretär der Sowjetbotschaft empfangen zu werden. Als er empfangen wurde, versetzte er dem Sekretär einen Schlag. Nach seiner Verhaftung hat der Georgier jede Erklärung über seine Handlungsweise verweigert.

Eine italienische Statistik der Deutschen in Italien.

wtb. **Rom,** 4. Febr. (Tel.) Stefani. Nach einer unlängst abgeschlossenen amtlichen Statistik beläuft sich die Zahl der nach dem Süden Italiens zurückgekehrten deutschen Staatsangehörigen, darunter zahlreiche Techniker, Industrielle und Kaufleute, auf mehrere 10 000. Davon entfallen auf Mailand 3714, auf Rom 1043 und auf Turin 1630.

Der Eintritt in den Völkerbund.

vdz. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Im **Auswärtigen Ausschuß des Reichstages** wurde nach ausführlichen Darlegungen des Außenministers Dr. Stresemann und nach längerer Debatte, an der sich die Abgeordneten Hoetzsch (DN), Schnee (DVp.), v. Freytag-Loringhoven (DN), Graf Lerchenfeld (Bayr. Vp.), Graf Reventlov (Völk.) und Dr. Dr. Bredt W. V.) beteiligten, folgender Antrag mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen:

Nach Entgegennahme der Darlegungen des Reichsaußenministers hat der Auswärtige Ausschuß keine Bedenken dagegen zu erheben, daß die Reichsregierung von der durch Gesetz vom 28. November 1925 erteilten Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Gebrauch macht und geht über die sonstigen vorgelegten Anträge, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ablehnen oder an Bedingungen knüpfen, zur Tagesordnung über.

bb **Berlin,** 3. Febr. Ueber den Verlauf der Sitzung und über die Absichten der Reichsregierung berichtet die Köln. Ztg. noch:

Die Reichsregierung ist entschlossen, ihrerseits den Antrag auf Eintritt in den Völkerbund zu stellen und damit auch das Vertragswerk von Locarno in Wirksamkeit zu setzen. Für Samstag sind die **Ministerpräsidenten der Länder** nach Berlin einberufen. Die Regierung wird dabei von ihrer Absicht Mitteilung machen. Anfang nächster Woche soll die entscheidende **Kabinettssitzung** stattfinden, und zwar unter Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg. In dieser Kabinettssitzung wird die Anmeldung Deutschlands zum Eintritt in den Völkerbund beschlossen werden. Der Völkerbund tritt am 8. März zusammen. Das Aufnahmegesuch Deutschlands wird ihm vorliegen.

wtb. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Nach Informationen der Vossischen Zeitung hat sich in der heutigen Ausschußsitzung Reichsaußenminister Dr. Stresemann dahin ausgesprochen, daß das rechtzeitig eingehende Gesuch Deutschlands vom Völkerbund so schnell erledigt werden würde, daß bereits im März die außerordentliche Tagung der Völkerbundsversammlung zusammentreten und die Aufnahme Deutschlands beschließen werde. Es liege dringend im deutschen Interesse, die Aufnahme in den Völkerbund schon für den März zu betreiben, weil bereits in den nächsten Tagungen des Rats Gegenstände auf der Tagesordnung stehen, die es nötig erscheinen lassen, daß Deutschland mit am Tisch sitzt.

Eisenbahnerverbände im Reichsarbeitsministerium

wtb **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Vertreter der drei Eisenbahnerverbände waren heute im Reichsarbeitsministerium, um sich über die Rechtslage zu unterrichten, die durch die Nichtdurchführung des verbindlichen Schiedsspruches seitens der Deutschen Reichsbahngesellschaft entstanden ist. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers legte dar, daß auf dem Gebiet des Schlichtungsrechts auch die Deutsche Reichsbahngesellschaft keine Sonderstellung beanspruchen könne. Das Bedürfnis, eine gewaltsame Austragung von Streitigkeiten zu vermeiden, sei bei der Reichsbahn sogar ein erhöhtes.

Das Reichsbahnschiedsgericht sei zu einer Entscheidung über die Zulässigkeit der Verbindlichkeitserklärung nicht zuständig, da diese nicht durch die Reichsregierung, sondern durch den Reichsarbeitsminister als Instanz des Schiedsgerichtsverfahrens ausgesprochen werde und daher ein Streit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft gar nicht vorliege. Die Rechtslage sei nach Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Eisenbahnarbeiter und ihre Verbände keine andere, als gegenüber jedem privaten Arbeitgeber, so daß sie also ihre Ansprüche gerichtlich geltend machen müßten.

Die Vertreter der Gewerkschaften stellten fest, daß sich diese Ausführungen mit ihren eigenen Anschauungen durchaus deckten, und wiesen darauf hin, daß der Reichsbahngesellschaft durch die Durchführung des Schiedsspruches nur eine Belastung von 11.8 Millionen im Jahre erwüchse, was bei der Höhe ihres Gesamtetats überhaupt nicht ins Gewicht falle.

Ein Umsturzversuch in Portugal gescheitert.

KZ **Lissabon,** 3. Febr. Wie der Gouverneur von Lissabon mitteilt, ist ein revolutionärer Anschlag auf die Kaserne in Campolide im Alcantaratal bei Lissabon vereitelt worden. In der Nacht vom 1. zum 2. Februar wurden strenge Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Es handelt sich um eine Revolte von radikaler Seite. Das Artillerieregiment Vendas Novas meutert. Die Aufständischen haben sich mit sechs Geschützen am linken Tejoufer festgesetzt. Die Regierungstruppen werden auf Schiffen übergesetzt. Gegen Abend hörte man Artilleriefeuer.

KZ **Paris,** 3. Febr. In Lissabon hat eine **Militärgruppe** unter der Führung des ehemaligen Majors Lacierda Almeida einen Aufstandsversuch gemacht. Die Umstürzler wurden von den Regierungstruppen nach kurzem Kampf eingeschlossen und ergaben sich heute früh auf Gnade und Ungnade. Der Putschversuch hat nirgend im Lande Widerhall gefunden, da die Truppen sich ausnahmslos auf die Seite der Regierung stellten.

wtb. **Paris,** 3. Febr. (Tel.) Eine weitere Havasmeldung von heute vormittags 10 Uhr aus Lissabon teilt folgende Einzelheiten mit: Der Präsident der Republik, der auf einer Reise nach dem Norden von Portugal begriffen war, ist gestern abend um 9 Uhr mit Sonderzug nach Lissabon zurückgekehrt, und hat mit den Mitgliedern der Regierung in der Kaserne Carmo konferiert. Die Regierung hat mit treuen Truppen die Aufständischen verfolgt und die Einwohner von Cacilhas und Almada davon in Kenntnis gesetzt, daß sie heute vormittag die Aufständischen solange beschießen lassen werde, bis sie in die Flucht geschlagen seien. Die Nacht über habe überall Ruhe geherrscht. Der Befehlshaber der Aufständischen sei ein ehemaliger Major Lacerto Almeida, der während des Krieges Instruktionsoffizier bei der schweren Artillerie in England war. Der Regierung hielten die Truppen zu Lande und zu Wasser weiterhin Treue. Im ganzen Lande herrsche absolute Ruhe.

Eine neue Arbeitsgemeinschaft.

Ueber Verhandlungen zur Neugründung einer Arbeitsgemeinschaft wird der Köln. Ztg. von hier gemeldet:

* **Essen,** 3. Febr. Die **Zentralarbeitsgemeinschaft vom November 1918,** die mit den Namen Stinnes und Legien verbunden ist, hat schon seit Jahren **keine praktische Bedeutung mehr.** Die radikalen Gewerkschaften innerhalb des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hatten sich von ihr losgesagt. Andere freie Gewerkschaften standen ihr ohne jede innerliche Anteilnahme gegenüber. Auch bei den christlichen Gewerkschaften, die im Gegensatz zu den klassenkämpferischen freien Gewerkschaften sich stets zu dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft bekannten, war eine merkliche Kühle eingetreten, namentlich bei dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, als die Unternehmer ohne jede Fühlung mit den Bergarbeiterverbänden nach Abbruch des gemeinsam geführten passiven Widerstandes den bekannten Husarenritt von Unna unternahmen und über Nacht die achteinhalbstündige Schicht im Ruhrbergbau wieder einführen wollten. Ein Versuch Ende 1924, wieder eine ersprießliche Arbeitsgemeinschaft zu errichten, scheiterte, weil die Zeit dazu noch nicht reif war. Inzwischen arbeiteten einflußreiche, außerhalb des Unternehmer- und Arbeitnehmerlagers stehende Kreise auf eine abermalige Verständigung hin. Dazu kam die gemeinsame wirtschaftliche und soziale Not, die auch bei den beiden Parteien selbst die Ueberlegung aufkeimen ließ, ob es nicht besser wäre, gemeinsam auf Mittel und Wege zur Ueberwindung der schweren Zeiten zu sinnen.

Bis jetzt haben die Bestrebungen auf Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft wenigstens insofern etwas **festere Gestalt** angenommen, als Führer der Industrie und der Gewerkschaftsverbände in gegenseitiger Aussprache sich über wirtschaftspolitische Fragen unterhielten und dabei feststellen konnten, daß über eine Reihe Fragen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Auch **gestern standen die beiden Parteien im Kohlensyndikat zu Essen miteinander in mehrstündigem Gedankenaustausch.** Von Unternehmerseite waren u. a. anwesend Geheimrat Klöckner, Fritz Thyssen, Generaldirektor Vögler, Generaldirektor Wiskott, von den freien Gewerkschaften u. a. Eckart vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund (Berlin) und Husemann vom Alten Bergarbeiterverband in Bochum, von den christlichen Gewerkschaften deren Führer Stegerwald (Berlin) und Imbusch vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und schließlich noch Schmidt vom Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein. Die Arbeitsgemeinschaft, die ursprünglich auf den Bergbau beschränkt werden sollte, soll eine breitere Grundlage erhalten durch Einbeziehung auch der Eisenindustrie, weil Kohle und Eisen, namentlich im Ruhrgebiet, eben eine Einheit bilden. **In einigen Wochen will man in Berlin beim Reichsverband der deutschen Industrie wieder zusammenkommen.**

— Die K. Z. bemerkt dazu: Die Oeffentlichkeit wird gut daran tun, die äußerst feinnervigen und schwierigen Verhandlungen, die mit der Bildung einer aufrichtigen und ehrlichen auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung der beiden Parteien zu gründenden Arbeitsgemeinschaft verbunden sind, nicht durch voreilige lange Erörterungen zu stören oder sie vielleicht schon zum Scheitern zu bringen, bevor die Angelegenheit überhaupt richtig in Fluß gekommen ist."

Letzte Funkmeldungen.

Massenentlassungen auf Zeche Kaiserstuhl.

wtb **Berlin,** 4. Febr. (Funkmeldung.) Nach Blättermeldungen hat die dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch gehörige Zeche Kaiserstuhl unter dem Druck der schwierigen Wirtschaftslage etwa 1500 Bergleute entlassen, nachdem schon vor etwa drei Wochen auf den Schachtanlagen I und II annähernd 200 Bergleute entlassen worden sind.

Unregelmäßigkeiten bei der Hallenser Stadtbank.

wtb **Berlin,** 4. Febr. (Funkspruch.) Aus Halle wird der Voss. Zeitung berichtet: Eine Revision bei der Stadtbank in Halle ergab eine statutenwidrige, also ungesetzliche, Kreditüberschreitung von mehreren Millionen Mark, zu deren Deckung zunächst die Rücklagen des Jahres 1925 verwandt werden müssen. Diese Rücklagen reichen aber zur Deckung des Defizits nicht aus.

Wiederaufnahme der Oderschiffahrt.

wtb **Berlin,** 4. Febr. (Funkspruch.) Nach einem Telegramm des Berliner Tagebl. ist es nunmehr gelungen, die Eisversetzungen auf der Oder zu beseitigen. Stärkere Eisversetzungen in der Gegend von Küstrin hofft man im Laufe des Tages noch durch Eisbrecher zu beseitigen.

3 Millionen Ueberschuß der Provinz Sachsen.

wtb. **Berlin,** 4. Febr. (Funkspruch.) Wie den Blättern gemeldet wird, schließt die Provinz Sachsen das laufende Wirtschaftsjahr mit einem Ueberschuß von über 3 Millionen Mark ab.

Ebert-Büste im Heidelberger Rathaus.

wtb. **Heidelberg,** 4. Febr. (Funkmeldung.) Im Innern des Rathauses hatten sich gestern abend die Mitglieder des Bürgerausschusses und die Spitzen der Behörden versammelt, um der Enthüllung der Friedrich-Ebert-Büste beizuwohnen, die die Stadt dem verstorbenen Reichspräsidenten gewidmet hat. Die Büste wurde an der Längsseite des obersten Treppenhauses aufgestellt. Oberbürgermeister Dr. Walz gedachte in kurzen Worten des in Heidelberg beigesetzten Sohnes seiner Stadt. Dann wurde die Büste enthüllt, während die Mitglieder des städtischen Orchesters das Deutschlandlied spielten.

Flugzeug gegen einen Kirchturm gestoßen.

wtb. **Berlin,** 4. Febr. (Funkspruch.) Dem Lokalanzeiger zufolge stieß in Prossnitz in Mähren ein tschechisches Militärflugzeug im Nebel gegen einen Kirchturm und stürzte aus 50 Meter Höhe ab und explodierte. Der Pilot und der Beobachter erlitten tödliche Verletzungen.

Die Franken-Fälschung.

pw. **Budapest,** 4. Febr. (Privatmeldung — Funkspruch.) Die Polizeikommission, die zur Vornahme der ergänzenden Untersuchung bestellt worden ist, fand sich gestern nachmittag im Gefängnisgebäude ein, wo sie den Prinzen Windisch-Graetz, den Landespolizeichef Nadossy und Gerö sowie die verhafteten Angestellten des kartographischen Instituts verhörte. Bei dem Verhör waren auch die französischen Beamten zugegen.

Der deutsch-polnische Streit vor dem internationalen Schiedsgericht.

wtb. **Haag,** 4. Febr. (Funkspruch.) Die erste offizielle Sitzung des internationalen Gerichtshofes in der deutsch-polnischen Streitfrage wegen der polnischerseits erfolgten Enteignung deutschen Eigentums in Oberschlesien ist auf Freitag vormittag anberaumt worden.

Dampferunglück auf der Schelde.

wtb. **Amsterdam,** 4. Febr. (Funkspruch.) Nach Meldungen aus Vlissingen wurde der Dampfer Winbrel auf der Schelde vor Vlissingen von einem britischen Dampfer angefahren. Der Dampfer Winbrel sank in kurzer Zeit. Die Besatzung und der belgische Lotse wurden gerettet.

In Amerika überzeichnet.

wtb. **Newyork,** 4. Febr. (Funkspruch.) Die gestern morgen zu 93 Prozent aufgelegten 4 Millionen Dollar Goldobligationen des Verbandes oberschwäbischer Elektrizitätswerke wurden überzeichnet.

Deutscher Reichstag.

152. Sitzung.

Gruß und Glückwunsch an den Rhein.

VDZ. **Berlin,** 3. Febar. (Tel.) Präsident Loebe eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache im Hinblick auf die Befreiung der Kölner Zone:

Der Deutsche Reichstag sendet mit dem gesamten deutschen Volke seinen Gruß an den Rhein und beglückwünscht die Landsleute der sogenannten ersten Zone zu ihrer Befreiung von dem Druck fremder Besatzung. Er dankt ihnen für die unwandelbare Treue, mit der sie auch in schwersten Tagen zur deutschen Heimat hielten, für die Festigkeit und die Tapferkeit, mit der sie jedem Druck standhielten. (Beifall.) Wie wir ihnen oft von diesem Platze aus, entgegen allen Drohungen von außen und allem Zweifel von innen zuriefen: „Der Tag Eurer Befreiung kommt!", so versichern wir heute den Volksgenossen in den übrigen Gauen des Westens, daß all unser Trachten und unsere Arbeit darauf gerichtet ist, nicht nur ihre Lasten zu vermindern, sondern auch die Frist der Besetzung abzukürzen, die mindestens nach den letzten völkerrechtlichen Vereinbarungen ihren Sinn verloren haben. So hoffen wir, daß wir bald den letzten Deutschen am Rhein und an der Saar die gleichen Glückwünsche sagen können, wie heute den

Landsleuten im nördlichen Besetzungsgebiet. (Lebhafter Beifall.)

Die Tagesordnung.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein und berät einen von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurf zur **steuerlichen Erleichterung wirtschaftlich notwendiger Betriebszusammenschlüsse.**

Abg. v. Raumer beantragt die Ueberweisung an den Steuerausschuß.

Abg. Neubauer (Komm.) meint, die beantragte Vorlage wird nur Mittelstand und Proletariat neu belasten.

Ein **Vertreter des Reichsfinanzministeriums** sagt die Mitarbeit der Regierung bei der Beratung der Vorlage im Ausschuß zu. Die Vorlage wird dem Steuerausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes **zur Vereinfachung des Militärstrafrechts.**

Der Ausschuß hat die Strafbestimmungen für Beleidigungen innerhalb des Heeres verschärft. In besonders schweren Fällen soll auf Dienstentlassung der Offiziere und Mannschaften erkannt werden. Gehorsamsverweigerung soll in schweren Fällen mit verschärftem Arrest bestraft werden.

In einem besonders vom Ausschuß eingefügten Abschnitt wird der Zweikampf unter Heeresangehörigen mit Freiheitsstrafen von einem halben bis zu drei Jahren bedroht. Wer den Einzustellenden oder zu Befördernden über seine grundsätzliche Stellung zum Zweikampf befragt, wird mit Freiheitsstrafe von 2 Monaten bis zu einem Jahre bestraft. Wer Ehrengerichte bei Vereinigungen oder Orden anruft oder an ihnen mitwirkt, wird mit Freiheitsstrafe von 1 bis 6 Monaten bestraft. Zu den Freiheitsstrafen kommt in allen Fällen Dienstentlassung.

Abg. Barth (DN.) bezeichnet die Duellbestimmungen der Vorlage als unannehmbar. Eine solche Sonderbehandlung des Militärs stehe in der Gesetzgebung der ganzen Welt einzig da. Eine Veranlassung zu so schweren Strafen bestehe nicht, denn in der Reichswehr sei kein Duellzwang und seit ihrem Bestehen sei auch kein Duell unter Reichswehrangehörigen vorgekommen. Die Deutschnationalen könnten der Vorlage nur zustimmen, wenn die Duellbestimmungen wesentlich gemildert werden und vor allem die Mußbestimmung der Dienstentlassung wegfällt.

Abg. Buchholz (Z.) begrüßt die Vorlage als eine zeitgemäße Besserung des längst reformbedürftigen Militärstrafgesetzbuches. Das Zentrum werde die Ausschußbeschlüsse unter Ablehnung aller Abänderungsanträge annehmen. Die Duellstrafbestimmungen seien ein Fortschritt, der nicht entbehrt werden könne. Das Zentrum habe immer das Duellunwesen bekämpft, aber die Reform sei früher stets an dem Widerstand des Kaisers gescheitert.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) bezeichnet es als einen Vorzug des Gesetzentwurfes, daß er neben einer Vereinfachung des Militärstrafgesetzbuches auch eine wesentliche Milderung in vielen Punkten bringe. Mit Bitterkeit müsse festgestellt werden daß diese notwendigen Milderungen erst jetzt dem Söldnerheere zugute kommen, während die für das alte Volksheer geltenden drakonischen Strafen starr aufrecht erhalten wurden. — Noch jetzt seien aber wenig zeitgemäße Bestimmungen vorhanden, beispielsweise, daß Arrest bei Wasser und Brot verhängt werden muß, während sogar die Zuchthäusler warmes Essen erhalten. Die Duellstrafbestimmungen seien dringend notwendig. Wenn durch sie das Duell aus dem Heere beseitigt werden könnte, so würde diese Unsitte auch allgemein verschwinden

Abg. Dr. Korsch (Komm.) erinnert an die Rede des Potsdamer Hofpredigers Vogel, in der die Republikaner schwer beschimpft worden seien. Reichswehrminister Dr. Geßler behauptete von sich, daß er Demokrat und Republikaner sei, aber seine Handlungen ließen davon wenig spüren. (Der Reichswehrminister verläßt nach diesen Ausführungen den Saal.) Die zur Beratung stehende Vorlage bedeute einen Vorstoß der militärischen Restauration in Deutschland. (Gelächter rechts.) Der Redner beantragt die vollständige Aufhebung des besonderen Militärstrafrechts. Der Reichswehrminister sei ein Stehaufmännchen. Er begünstige die monarchistischen Putschisten. (Für diese letzten Bemerkungen erhält Abg. Dr. Korsch vom Vizepräsidenten Dr. Rießer einen Ordnungsruf.)

Abg. Hampe (W. V.) stimmt der Vorlage zu. Die von dem deutschnationalen Redner geäußerten Bedenken gegen die Duellstrafbestimmungen seien zum Teil berechtigt, aber sie könnten nicht zur Ablehnung der Vorlage führen.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) protestiert gegen die Duellstrafbestimmungen, die herausgewachsen seien aus dem undeutschen, typischen Geist der neuen deutschen Politik. Wenn diese Bestimmungen nicht gestrichen werden, würden die Völkischen die ganze Vorlage ablehnen.

Abg. Loibl (Bayr. Vp.) begrüßt die Vorlage. Die Duellstrafbestimmungen dürften nicht auf die Reichswehr beschränkt bleiben, sondern müßten auch auf die Zivilbevölkerung ausgedehnt werden.

Reichswehrminister Dr. Geßler: Der neue Gesetzentwurf wird keine endgültige Regelung des Militärstrafrechts, sondern nur eine Reform bringen. Wir bemühen uns, den inneren Wert der Truppe so zu heben, daß wir Strafbestimmungen nicht anzuwenden brauchen. Die Bestrafungen sind in der Reichswehr auch schon um 50 Prozent zurückgegangen. Die vom Ausschuß beschlossenen Duellstrafbestimmungen bieten viele juristische Schwierigkeiten. Die Bestrafung einer Frage nach der grundsätzlichen Stellung zum Duell kann sich doch wohl nur auf dienstliche Fragen eines Vorgesetzten beziehen, nicht etwa auf eine gelegentliche Frage im Kasino. Ich bin ein grundsätzliche Gegner des Duells, ich muß mich aber dagegen wehren, daß hier ein Ausnahmegesetz gegen Offiziere und Soldaten der Reichswehr beschlossen wird, von dem Richter, Staatsanwälte, Schupo-Offiziere und andere Kreise nicht berührt werden. Wenn für die Allgemeinheit ein solches Antiduellgesetz erlassen wird, so bin ich damit einverstanden. (Rufe links: „Wir wollen es morgen beantragen!") Aber dann werden ja auch die hier vom Ausschuß beantragten Sonderbestimmungen überflüssig. Ich bitte diesen Abschnitt zu streichen. (Beifall rechts.)

Reichsjustizminister Dr. Marx äußert Bedenken gegen die Einbringung eines allgemeinen Antiduellgesetzes, weil damit wichtige Teile der geplanten Strafrechtsreform vorweg genommen werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung erklärt **Abg. Wunderlich** (D. Vp.), daß seine Freunde aus dem auch vom Reichswehrminister vorgetragenen Grunde die Duellstrafbestimmungen und bei ihrer Ablehnung die ganze Vorlage ablehnen würden.

In der zweiten und dann auch in der dritten Beratung werden alle Aenderungsanträge abgelehnt und die Duellstrafbestimmungen aufrechterhalten.

Die **Schlußabstimmung** im Hammelsprung ergibt die **endgültige Annahme des Gesetzentwurfes** mit 167 gegen 134 Stimmen der Deutschnationalen, Völkischen, Kommunisten und der Deutschen Volkspartei.

Um ¾8 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen das **Sperrgesetz über die Fürstenabfindung** und das von den Sozialdemokraten beantragte allgemeine Antiduellgesetz.

Preußischer Landtag.

124. Sitzung.

VDZ. **Berlin,** 3. Febr. (Tel.) Ohne Debatte überweist das Haus zunächst einen Urantrag des Zentrums, der weitere Mittel für die **Oedlandkultivierungen** zur Verfügung stellen will, an den zuständigen Ausschuß.

Ein Urantrag der bürgerlichen Parteien auf Anerkennung der in Oberschlesien durch Aufruhr und Polneneinfall verursachten Schäden als Reichsschuld und auf Beschleunigung in der Zahlung der Entschädigungen wird gleichfalls ohne Debatte an den Hauptausschuß überwiesen.

Dann beschäftigt sich das Haus mit der zweiten Beratung des Initiativgesetzentwurfes für eine

preußische Städteordnung.

Abg. v. Eynern (D. Vp.) gibt als Berichterstatter einen Rücklick auf die bisherigen Verhandlungen des Entwurfes, der den verflossenen Landtag sehr ausführlich beschäftigt habe und schließlich in der von diesem beschlossenen Ausschußfassung als Initiativantrag vom Zentrum vor den neuen Landtag gebracht worden sei. Der Redner gedenkt des Hinscheidens des früheren Berichterstatters Dr. Preuß, das eine empfindliche Lücke in die weiteren Beratungen gerissen habe. Besondere Bedeutung verdiene die **Neuregelung der Eingemeindungsfrage u.** die Frage, ob **Magistratsverfassung oder Bürgermeistereiverfassung** vorzuziehen sei. Der Ausschuß lasse beide Systeme bestehen. Neu sei, daß an den städtischen Deputationen nicht nur Stadträte, sondern auch andere Personen, wie die Leiter einzelner Verwaltungszweige, die wirtschaftlichen Kommunalbetriebe, teilnehmen können. In wichtigen Angelegenheiten sei die staatliche Genehmigungspflicht festgelegt worden, so bei der Aufnahme einer Anleihe.

Abg. Haas (Soz.) schließt sich der Anerkennung der Tätigkeit des Abg. Dr. Preuß an. (Beifall.) Wenn die Ueberzeugung darin durchgedrungen sei, daß der Vorwurf der Mißwirtschaft gegen die Städte unzutreffend sei, dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, an die große Verwaltungsreform zu gehen. Auch für die Städte- und Landgemeindeordnung sei der Zeitpunkt nicht günstig, da viele Bestimmungen lediglich auf ein Mißtrauen gegen die Städte zurückzuführen seien. (Sehr richtig!) Wenn die Rechtsparteien jetzt beantragten, das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre hinaufzusetzen, zeigt das, daß die Tendenz bestehe, wieder kräftig nach rückwärts zu revidieren. Das Bürgermeistersystem sei vorzuziehen. Es sei einfacher, arbeite schneller und erziehe zur Verantwortlichkeit. Man müsse die Verantwortung den Stadtverordneten übertragen. Das geschehe aber in der Bürgermeistereiverfassung. Erfreulicherweise habe sich der Deutsche Städtetag im Sommer 1925 für das Bürgermeistereisystem erklärt. Seine Partei müsse sich dagegen wenden, daß für Volksbegehren und Volksentscheid eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein soll. Diese große Mehrheit würde nicht nötig sein. Ferner dürfe der Bürgermeister nicht „geborener" Vorsitzender im Verwaltungskollegium sein, man solle diesen nach Ansicht seiner Freunde vielmehr durch Wahl bestimmen. Eine klare Trennung zwischen Selbstverwaltung und Auftragsangelegenheiten sei nötig, um klare Bestimmungen über die Staatsaufsicht zu ermöglichen. Eine Gefahr für die Selbstverwaltung muß vermieden werden. Wir beantragen, daß das Bestimmungsrecht nur für den Bürgermeister und seine Stellvertreter gelten solle. Unsere endgültige Haltung und Abstimmung wird sich danach richten, wie man unseren Reformvorschlägen gegenüberstebt.

Abg. Dr. Mareetzki (DN.) erkennt namens seiner Fraktion die Verbesserung der Vorlage an. Besonders sei es zu begrüßen, daß der Grundsatz, keine Ausgaben ohne Deckung, in der Städteordnung zum Gesetz erhoben worden sei. Die Städte hätten die Pflicht, auch ihrerseits der völlig veränderten Wirtschafts- und Finanzkraft des Volkes in jeder Hinsicht Rechnung zu tragen. Immerhin aber lehne sich das neue Gesetz auf das engste an die alte Städteordnung an und die angestrebten Aenderungen hielten sich in verhältnismäßig engen Grenzen. Man nehme in die neue Städteverfassung in Nachahmung des Volksentscheides den sogenannten Bürgerschaftsentscheid auf. Diese Art Volksabstimmung sei aber lediglich geeignet, in das kommunale Leben Unruhe und Unsachlichkeit hineinzutragen. Bedenklicher noch sei das Bestreben in dem neuen Gesetz, die Stellung der Bürgermeister gegenüber dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zu schwächen. Die Beanstandung wegen Gefährdung des Staatswohles oder des Gemeindeinteresses, die bisher möglich war, sei aufgehoben worden. Hierin liege eine dem Staatsgedanken schädliche Zuspitzung des Selbstverwaltungsregimes. Aus diesem Grunde würde die Deutschnationale Volkspartei Abänderungen der Preußischen Städteverfassung nicht anheißen, die eine Reibung in dem Verhältnis zwischen Gemeinde und Staat zur Folge haben müßten.

Abg. Bergmann (Z.) betonte, das Zentrum halte nach wie vor daran fest, daß eine Verabschiedung der Gemeindeverfassungsgesetze zweckdienlich sei. Bezüglich der Gemeindeverfassungsfrage hat das Zentrum dringenden Wünschen aus dem Lande Rechnung getragen, die eine Beibehaltung der bisherigen Verfassung dringend verlangten. Eine der wichtigsten Teilfragen ist das Verhältnis der Gemeinden zum Staat. Das Aufsichtsrecht des Staates darf unter keinen Umständen über das notwendige Maß hinaus ausgedehnt werden. Wir werden für die Beschlüsse des Ausschusses in der Frage der Eingemeindungen stimmen, durch die in dem bisher geltenden Recht weniger geändert wird. Wir werden die Anträge ablehnen, die im Wahlrecht Aenderungen vornehmen wollen. Das Zentrum wird alle Anträge ablehnen, die auf eine Verkümmerung der Bürgerrechte in der Gemeindeverfassung hinauslaufen. Es ist aber keine Beeinträchtigung der Bürgerrechte, wenn die Frage des Bürgerschaftsbegehrens einer Korrektur unterzogen wird. Wir hoffen, daß nunmehr endlich das erste Gesetz auf der geplanten großen Verwaltungsreform zur Verabschiedung kommt.

Abg. Dr. Röser (D. Vp.) fragt, ob die mühevolle Arbeit, die hier geleistet, notwendig war. Das Stein-Hardenbergsche Werk im Jahre 1812/13 hat das Jahrhundert überdauert. Man müsse schon sagen, ein großes Reformwerk ist diese Städteordnung nicht, aber ein gedankenarmes Werk einer gedankenarmen Zeit. (Zurufe.) Jetzt handelt es sich sogar um eine Parteiaktion. Vorläufig wird hier weiter nichts übrig bleiben als Schritt für Schritt vorzugehen, die Reform in einem Guß wird nicht möglich sein. Wir haben darum auch nichts gegen die Beratung einzuwenden. Endgültige Stellungnahme müssen wir uns aber bis zur dritten Lesung vorbehalten. Der Redner bespricht dann die Einzelgebiete. Ein so niedriges Wahlalter wie das 20. Lebensjahr halte seine Partei nicht für richtig. Die Karrenzzeit eines sechsmonatlichen Wohnsitzes erscheint uns zu kurz. Wir beantragen ein Jahr Aufenthalt in einer Gemeinde als Voraussetzung für das kommunale Wahlrecht. Als liberale Partei wollen wir die Stellung des verantwortlichen leitenden Beamten stärken, darum verlangen wir für die großen Städte mindestens ein juristisch ausgebildetes Magistratsmitglied und sind gegen den sozialdemokratischen Antrag, die Amtsdauer der Bürgermeister von 12 auf 6 Jahre herabzusetzen. Eine homogene Regierung stehe nicht hinter dem Entwurf.

Ministerialrat Dr. Mulert führte aus: In der Frage des Eingemeindungswesens wolle die Staatsregierung an Stelle der früher maßgebend gewesenen subjektiven Gesichtspunkte jetzt die objektiven setzen. Sie lege außerordentliches Gewicht auf größte und umfassendste wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Sie habe mit ihrem Aufsichtsrecht nur die Absicht, materielle Richtlinien zu geben, die dann in den Stadtverwaltungen von selbst die nötige Beachtung finden würden, wie sie im Interesse der Gemeinden lägen. Ferner bittet der Redner um Streichung der gegen den Willen der Regierung in dem Entwurf angenommenen Bestimmung, daß werbende Betriebe in wirtschaftlicher und steuerlicher Hinsicht wie Privatbetriebe zu führen sind.

Abg. Kilian (Komm.) wendet sich gegen die Anträge zur Heraufsetzung des Wahlalters. Das Leitmotiv aller Gemeindepolitik müsse die soziale Fürsorge sein.

Hierauf vertagt der Landtag um ½6 Uhr die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr. Außerdem nochmalige Beschlußfassung über das Gesetz bezüglich der preußischen Vertretung im Reichsrat.

Politische Umschau

Ein Opfer des Ruhrkampfes.

wp. Krefeld, 3. Febr. Am Tage der Befreiung starb der Zollinspektor Graab vom Hauptzollamt in Krefeld. Graab ist während der Ruhraktion von den Belgiern wegen seiner Pflichttreue zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hiervon hat er über vier Monate in Verviers (Belgien) verbüßt. Diese Leidenszeit hat seine Gesundheit vollständig untergraben und hat nun seinen frühzeitigen Tod herbeigeführt. Graab war von allen Zollbeamten des Landesfinanzbezirks Düsseldorf der schwerstbestrafte Beamte.

Das Wirtschaftsabkommen mit Spanien.

vdz. Berlin, 3. Febr. (Tel.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags behandelte das **vorläufige Wirtschaftsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Spanien** vom 18. November 1925, sowie den Zusatzvertrag vom 16. November 1925 zum deutsch-niederländischen Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 31. Dezember 1851 und den deutsch-niederländischen Zoll- und Kreditvertrag vom 26. November 1925. Nach längerer Aussprache, an der sich auch der Reichsaußenminister beteiligte, wurden die Gesetzentwürfe nach Kenntnisnahme durch den Auswärtigen Ausschuß an den handelspolitischen Ausschuß weitergeleitet. Es folgte die Besprechung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Amerikas Kriegsarchive geöffnet.

pw. Berlin, 3. Febr. (Tel.) Nach einer Meldung der B. Z. am Mittag aus Washington hat die Kongreß-Bibliothek im Auftrage des amerikanischen Senats alle verfügbaren Dokumente über den Ursprung und die Ursachen des Weltkrieges zusammengefaßt. Der umfangreiche Band, zu dessen Herstellung auch deutsche Quellen benutzt wurden, dürfte dem Senat am Mittwoch zugehen. Dem Blatt zufolge dürfte die Zusammenstellung der Akten und Dokumente genügen, die Behauptung von der deutschen Alleinschuld am Kriege zu widerlegen.

Eine Erklärung der Frau des zum Tode verurteilten Stein.

pw. Berlin, 3. Febr. (Tel.) Die Frau des in dem Fememordprozeß zum Tode verurteilten Stein, die gestern beim Schluß des Prozesses noch den Angeklagten von Senden belastende Aussagen machen wollte, erklärte einem Vertreter der B. Z. am Mittag, ihr Mann, der der Abteilung des Freiherrn von Senden angehörte, habe ihr kurz vor seiner Verhaftung erklärt: „Wenn ich Pannier nicht ermordet hätte, wäre ich selbst an der Reihe gewesen." Auch nach seiner Verhaftung habe er Befürchtungen geäußert, da seine Komplizen genau wußten, daß er alles erzählt und u. a. auch den Fememord Wills berichtet hatte. Am Tage der Verhandlung sei sie zu dem Staatsanwalt gekommen, um ihre Aussagen zu machen. Der Staatsanwalt wies sie an einen Rechtsanwalt. Der Rechtsanwalt warnte sie dringend vor irgendwelchen Schritten vor Gericht. Daraufhin hat sich Frau Stein mit dem kommunistischen Rechtsanwalt Obuch ins Benehmen gesetzt.

Ein kommunistischer Anschlag in Athen entdeckt.

wtb. Paris, 3. Febr. (Tel.) Nach einer Havasmeldung aus Athen hat die Polizei ein wichtiges Zentrum kommunistischer Propaganda in Athen entdeckt. Drei griechische Kommunisten seien verhaftet und eine kleine Druckerei, die dem Druck einer kommunistischen Zeitung diente, beschlagnahmt worden. Außerdem habe man Papiere vorgefunden, aus denen sich ergab, daß ein kommunistischer Anschlag zur Ermordung des Ministerpräsidenten und anderer Persönlichkeiten geplant war.

Niederlage der englischen Regierung im Oberhaus.

wtb. London, 4. Febr. (Funkspruch.) Die Regierung hat im Oberhaus bei der Abstimmung über einen Antrag, der sich mit dem Anbau von Landflächen in Irland befaßte, eine zahlenmäßige Niederlage erlitten, die aber keine politische Bedeutung hat.

Arbeitsfragen.

Schiedsspruch für das deutsche Bankgewerbe.

vdz. Berlin, 3. Febr. (Tel.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, wurde heute im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, der 1. die Verlängerung des Tarifvertrages bis zum 28. Februar 1927; 2. eine Gehaltserhöhung für Januar um 4 Prozent, ferner für Februar um 5 Prozent, eine Arbeitszeitregelung bis zum 1. Oktober 1926 vorsieht. Bis zu diesem Zeitpunkte kann die tarifliche Wochenarbeitszeit von 46 Stunden im Bedarfsfalle auf 52½ bzw. 54 Stunden erhöht werden mit der Maßgabe, daß wöchentlich 6½ Ueberstunden ohne Bezahlung zu leisten sind. Der Vertreter des Bankverbandes erklärte sofort nach Verkündung dieses Schiedsspruches, daß er für die Bankleitungen unannehmbar sei. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 8. Februar d. Js.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger noch ergänzend erfährt, darf die weitere Verlängerung bis zu 54 Stunden nur ausnahmsweise und als vorübergehender Zustand angeordnet werden. Arbeitgeber- und Angestelltenbeisitzer haben den Schiedsspruch gleichfalls abgelehnt.

Die Zahl der stellenlosen Angestellten.

pw. Berlin, 3. Febr. (Tel.) Die Zahl der stellenlosen Angestellten im ganzen Reiche ist nach den letzten Monatsberichten der Reichsstellenvermittlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten auf über 200 000 gestiegen, darunter etwa 65 000 weibliche Angestellte.

Schiedsspruch in der Holzindustrie.

bb. Berlin, 3. Febr. Ein Schiedsspruch des staatlichen Schlichters setzt den Spitzenlohn der Holzindustrie für das östliche Westfalen auf 80 Pfennig die Stunde fest. Die Arbeitgeber erklärten sich mit dem Schiedsspruch bereits einverstanden, die Gewerkschaften dagegen dürften die Entscheidung ablehnen, da der Spitzenlohn bis 86 Pfennig betragen hat.

Funktelegraphistenstreik in England.

wtb. London, 3. Febr. (Tel.) Unter dem Vorsitz des Arbeitsministers fand heute eine Zusammenkunft statt, um einen neuen Versuch zur Beilegung des Funktelegraphistenstreiks zu machen. Es gelang jedoch nicht, eine Einigung herbeizuführen. Nach Angaben der Funktelegraphisten haben über 900 in See befindliche Schiffe zurzeit keinen Telegraphisten an Bord.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	2. Febr.		3. Febr.		v. dem
	Geld	Brief	Geld	Brief	Kriege
Buenos-Aires . .	1.733	1.737	1.730	1.734	1.69
Canada 1 Can. D.	4.188	4.198	4.186	4.196	
Japan	1.884	1.888	1.879	1.883	2.09
Konstantinopel 1 L.	2.21	2.22	2.20	2.21	
England	20.409	20.461	20.402	20.454	20.43
New York 1 D. .	4.19	4.20	4.19	4.20	4.20
Rio de Janeiro .	0.620	0.622	0.616	0.618	1.36
Uruguay 1 Goldpf.	4.315	4.325	4.315	4.325	
Holland 100 Guld.	168.21	168.63	168.35	168.77	169.50
Athen 100 Drach.	5.89	5.91	5.89	5.91	
Belgien 100 Fr. .	19.07	19.11	19.07	19.11	81.00
Danzig 100 Guld.	80.92	81.12	80.91	81.11	
Finnland 100 M.	10.54	10.58	10.54	10.58	81.00
Italien 100 Lire .	16.81	16.84	16.84	16.88	81.00
Jugoslawien . .	7.38	7.40	7.38	7.40	81.00
Dänemark 100 Kr.	103.57	103.83	103.64	103.90	112.50
Lissabon 100 Esc	21.22	21.27	21.24	21.29	
Oslo 100 Kr. . .	85.39	85.61	85.34	85.56	112.50
Paris 100 Frk. .	15.74	15.78	15.77	15.81	81.00
Prag 100 Kr. . .	12.41	12.45	12.41	12.45	85.00
Schweiz 100 Frk.	80.84	81.04	80.86	81.06	81.00
Sofia. .100 Leva	2.94	2.95	2.94	2.95	81.00
Spanien 100 Pes.	59.23	59.37	59.23	59.37	81.00
Schweden 100 Kr.	112.31	112.59	112.31	112.59	112.00
Wien 100 Schill.	59.07	59.21	59.08	59.22	85.00
Budapest 100 000	5.87	5.89	5.87	5.89	85.05

Aus Nah u. Fern.

Absturz von der Rheinbrücke.

wp. Düsseldorf, 3. Febr. (Tel.) Gestern nachmittag stürzte von der Rheinbrücke, die erweitert wird, ein Hängegerüst ab, wodurch drei Arbeiter derartig schwer verletzt wurden, daß ihre sofortige Ueberführung ins Krankenhaus erfolgen mußte.

Ein Eisenbahnräuber angeschossen.

wp. Oberhausen, 3. Febr. Hier wurde ein Mann beim Berauben eines Eisenbahnwagens von einem Eisenbahnüberwachungsbeamten ertappt. Da der Räuber zu entfliehen versuchte, schoß der Beamte und verletzte den Dieb lebensgefährlich.

Tödlicher Unfall.

wp. Düren, 3. Febr. Auf der Straße zwischen Düren und Birkesdorf wurde eine Frau, die, einen Kastenwagen ziehend, mit ihrem Sohn von Düren kam, von einem Auto der Aachen-Dürener Verkehrsgesellschaft zur Seite geschleudert. Während der Junge über die Straßenbahnschienen hinwegflog, wurde die Frau von einem herannahenden Straßenbahnzug, ehe der Wagenführer den Zug zum Stehen bringen konnte, überfahren und zerstückelt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Die Todesopfer der Unglücksfälle im Bergbau.

wp. Bochum, 3. Febr. (Tel.) Im Jahre 1925 hat der Ruhrbergbau fast 75 000 Verletzte und mehr als 1000 Tote aufzuweisen. Von den Toten waren etwa 660 verheiratet.

Zuchthaus wegen Verschleppung zur Fremdenlegion.

wtb. Frankfurt a. M., 3. Febr. (Tel.) Der vom Reichsgericht im Oktober wegen Landesverrat zum 12 Jahren Zuchthaus verurteilte Privatdetektiv Paul Mosiczik aus Breslau stand gestern wegen Verschleppung von jungen Deutschen zur Fremdenlegion auch vor dem hiesigen Gericht. Mosiczik, der vier Jahre als Reichswehrsoldat militärische Geheimnisse an die Franzosen verraten hatte, erhielt einschließlich der vom Reichsgericht erkannten Strafe eine Gesamtzuchthausstrafe von 12½ Jahren und 5600 Mark Geldstrafe sowie die üblichen Nebenstrafen.

Unmenschliche Großmutter.

wp. Mainz, 3. Febr. (Tel.) Die 56jährige Ehefrau des Landwirts Philipp Gerhard aus Schwabenheim an der Sülz hatte das uneheliche Kind ihrer Tochter im Küchenherd lebendig verbrannt. Sie wurde deshalb unter Annahme mildernder Umstände zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Da das Einverständnis der Tochter mit der grausigen Tat nicht festzustellen war, wurde sie freigesprochen.

Mord.

wtb. Halle, 3. Febr. (Tel.) In der Nacht zum Sonntag wurde in Oppen der Tischlermeister W. Linke erschossen aufgefunden. Als Täter verhaftet wurde der Schwager des Ermordeten, Franz Reck. Grund der Tat sollen Familienstreitigkeiten gewesen sein. Reck will in Notwehr gehandelt haben.

Bankraub.

wtb. Berlin, 3. Febr. (Tel.) Ein frecher Bankraub wurde heute vormittag in der Filiale der Diskonto- und Wechselbank in Schmargendorf verübt. Kurz vor 11 Uhr trat ein junger Mann in den Kassaraum. Während der Kassierer sein Geld zählte, zog der junge Mann eine schwarze Mappe, die er verborgen gehalten hatte, hervor und hielt dem Kassierer einen Revolver entgegen. Darauf ergriff er ein Bündel Papiergeld, drängte dem Ausgang zu und versuchte in einem Auto zu entfliehen. Nach kurzer Flucht wurde er aber von den ihn verfolgenden Bankbeamten eingeholt, festgenommen und der Polizei übergeben. Er wurde festgestellt als ein 22jähriger, stellenloser Kaufmann. Das geraubte Geld, ungefähr 3000 Mark, wurde noch bei ihm vorgefunden.

Von einem Löwen angefallen.

wtb. München, 3. Febr. (Tel.) Während der am Dienstag abend erfolgten Vorführung des Zirkus Krone wurde der Löwenbändiger Melion von einer Löwin durch Biß- und Hiebwunden schwer an den Armen und Beinen verletzt. Melion hatte erst vor etwa 14 Tagen nach einem Unfall mit einem Löwen das Krankenlager verlassen.

Brand eines deutschen Dampfers in Antwerpen.

wtb. Paris, 3. Febr. (Tel.) Havas berichtet aus Antwerpen: Bei der Löschung der Ladung des am Sonntag aus Indien eingetroffenen deutschen Dampfers Goldenfels ist gestern eine Feuersbrunst ausgebrochen. Feuerwehr und Schlepper hätten sich darauf beschränken müssen, die betroffenen Schiffsräume Nr. 3 und Nr. 6 unter Wasser zu setzen. Um 1 Uhr nachts habe das Feuer, das auf Selbstentzündung zurückzuführen sei, noch immer gewütet. Der Sachschade beläuft sich auf mindestens fünf Millionen.

Das römische Forum in London entdeckt.

wtb. London, 3. Febr. (Tel.) Laut Daily Mail ist die Lage des römischen Forums in London bei Neubauten in der Gegend der Gracechurch-Lonbard- und der Fenchurch-Straße entdeckt worden.

Benutzt die Leihbibliothek der Buchhandlung Carl Braus, Bahnhofstr. 3

Aus aller Welt.

Flammentod zweier Kinder.

Vor einigen Tagen brach auf dem Anwesen eines Landwirts in Dietschweiler (Pfalz), während dieser mit seiner Ehefrau vom Hause abwesend war, Feuer aus, das das Anwesen völlig einäscherte. Aus den Trümmern wurden die Leichen der beiden Kinder im Alter von 9 Monaten und zwei Jahren geborgen.

Mord und Selbstmord.

Der kaufmännische Angestellte Rudolf Marx war bei seinem Schwager, dem Fabrikdirektor Gustav Vits, in Nürnberg angestellt gewesen, am 1. Januar aber entlassen worden. Vor einigen Tagen begab sich nun Marx zu seinem Schwager, wohl in der Absicht, mit ihm über diese Entlassung zu sprechen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf Vits Marx aufforderte, mit ihm in ein anderer Zimmer zu geben, wo die Auseinandersetzung sich fortsetzte. Plötzlich gab Marx auf seinen Schwager einiger Schüsse ab. Vits war sofort tot. Marx hat dann den Revolver auf sich selbst gerichtet und sich schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist.

Eine Siedlung aus der älteren Steinzeit

wurde nicht weit von Freiburg (Baden) aufgedeckt. Außer vielen Steinwerkzeugen fand man Knochen von Höhlenlöwen, Renntieren und einer ehemaligen Pferdeform.

Ein Staatswesen fruchtlos gepfändet.

Seit einigen Monaten führt die Stadtgemeinde Belgrad gegen den jugoslawischen Staat einen Rechtsstreit um die Benutzung der Donaubrücken durch die staatlichen Schiffahrtsgesellschaften. Um ihre Ansprüche sicherzustellen, erwirkte die Stadtgemeinde einen Zahlungsbefehl, der an einem der staatlichen Postdampfer vollstreckt werden sollte. Dabei stellte sich die etwas merkwürdige Tatsache heraus, daß dieser Dampfer der staatlichen Schiffahrtsgesellschaft nicht mehr Eigentum der Gesellschaft, sondern bereits an ein fremdes Konsortium als Garantie für eine Anleihe übereignet worden war. Die Pfändung verlief daher fruchtlos. Die Stadtgemeinde wird sich nunmehr an andere Werobjekte des Staates halten müssen.

Jugend von heute.

In der ungarischen Stadt Miskolcz wurden 30 Gymnasiasten entlassen. Diese Jünglinge, Söhne reicher Grundbesitzer, hatten mehrmals in der Woche Zusammenkünfte in verschiedenen Wirtshäusern, wo sie große Festgelage veranstalteten und sich dem Kartenspiele hingaben. Der Anführer der Gesellschaft hat sich zudem noch der Fälschung schuldig gemacht, indem er für seine Komplizen ärztliche Zeugnisse auf den Namen eines Dorfarztes ausstellte.

Russische Zustände.

Nach der Festnahme einer Kinderräuberbande hatte die Sowjetregierung 300 minderjährige Kinder in einem ungeheizten Güterwagen nach Woronesh geschickt. Als der Zug an seinem Bestimmungsort eintraf, waren sämtliche Kinder erfroren.

—oo—

Sportnachrichten.

Radsport.

Revanchekampf Oskar Rütt-Hürtgen.

Um anläßlich der Entscheidung der Wintermeisterschaft von Deutschland hinter Motoren auch den Fliegersport zu seinem Recht kommen zu lassen, gelangen am Sonntag Nachmittag in der Westfalenhalle noch zwei Amateur-Wettbewerbe zum Austrag. In beiden Rennen, dem Mal- und Punktefahren, befinden sich Rütt, sowohl wie Hürtgen unter den Startern. Beide brennen auf eine neue Begegnung. Der junge Oskar Rütt hofft, seine letzte unerwartete Niederlage in Dortmund wieder wett zu machen, während der Kölner beweisen will, daß er wirklich der bessere Fahrer ist.

Das Malfahren, für das sich 23 Amateure eingeschrieben haben, vereint in seinen vier Vorläufen außerdem noch u. a. Jokisch, Goebel, Benninghoff, Frankenstein, Bragard, Bremer, Dülberg, Drohten, Röcker, Hunke, sodaß es durchaus ungewiß ist, wer sich für die beiden Zwischenläufe qualifiziert. Nur die ersten Zwei jeden Zwischenlaufes aber bestreiten den Endlauf. Sollte wieder erwarten Rütt oder Hürtgen vorher ausscheiden, so wird es im 25 Runden-Punktfahren mit seinen fünf Wertungen auf alle Fälle zu einer Begegnung und hartem Kampf der beiden Rivalen kommen.

Da bekanntlich noch der Endlauf über 50 km der Wintermeisterschaft von Deutschland hinter Motoren und das 50 km-Rennen der Dritten und Vierten aus den Vorläufen am Freitag Abend auf dem Sonntagsprogramm stehen, so kann man der Westfalenhalle wohl mit Sicherheit ein ausverkauftes Haus prophezeien.

Erste Verpflichtungen für die Dortmunder Sechstage.

Wie die Nennen hinter Motorführung in der Westfalenhalle mit der Austragung der ersten deutschen Wintermeisterschaft über 50 km am Freitag und Sonntag einen glanzvollen Abschluß erhalten, so soll auch die gesamte, radsportliche Eröffnungssaison mit einem ganz besonders großzügigen Ereignis, dem 1. Dortmunder Sechstagerennen, beendet werden. Noch trennen uns zwar vier Wochen von dem am 4. März beginnenden six-days, aber die umfangreichen Vorbereitungen sind schon längst im Gange. Jetzt werden die ersten Fahrer-Verpflichtungen von der Rennleitung bekanntgegeben. Schon diese lassen erkennen, daß das Rennen eine erstklassige, internationale Besetzung erfahren wird, denn auf Grund ihrer hervorragenden Leistungen im letzten Dortmunder 100 km-Mannschaftsfahren wurden Marcel Buysse, Schamberg, Thollembeck und Mühlhoff verpflichtet. Bekanntlich konnten die Belgier damals allein das ganze Feld überrunden ud damit das Rennen gewinnen, während die jungen Krefelder einen sehr ehrenvollen dritten Platz besetzten. Die Paarung der einzelnen Fahrer erfolgt erst, wenn das Gesamtbild vorliegt.

—oo—

Astronomie.

Venus wird Morgenstern.

Von M. Valier.

Nach langen Monden günstiger Sichtbarkeit am westlichen Abendhimmel wird Venus, der schöne Stern der goldenen Aphrodite, sich diesmal unter ganz außergewöhnlichen Bedingungen in den glänzenden Morgenstern des östlichen Firmaments verwandeln. Für gewöhnlich verschwindet nämlich Venus schon eine Woche vor ihrer sogenannten „unteren Sonnenzusammenkunft", um erst ebenso lange Zeit nachher wieder am Morgenhimmel aus den Strahlengarben der Sonne hervorzusteigen. Diesmal aber wird infolge der außerordentlich hohen nördlichen Erhebung der Venusbahn über den Sonnenweg eine Unterbrechung der Sichtbarkeit nicht eintreten, vielmehr wird Venus einige Tage sowohl am Abend als auch am Morgen beobachtet werden können — ein seltenes Ereignis! Die genaue Zusammenkunft mit der Sonne berechnet sich für den 7. Februar um 4 Uhr nachmittags mitteleuropäischer Zeit. Da Venus zu dieser Stunde fast 8 Bogengrad oder 16 Vollmondsbreiten nördlich der Sonnenscheibe steht, so geht sie am genannten Tage sowohl 40 Minuten vor der Sonne auf als auch eben so lange nach ihr unter. Sie dürfte aber auch schon am 5. und 6. Februar am Morgenhimmel kurz vor Sonnenaufgang und am 8. und 9. Februar noch am Abendhimmel kurz nach Sonnenuntergang gesichtet werden können. Es lohnt gewiß der kleinen Mühe für jeden Freund der Himmelswunder, an den genannten Tagen die Kraft seines Auges in der Aufsuchung der Venus in der hellen Abend- und Morgendämmerung zu versuchen. Wer über ein gutes Opernglas oder einen Feldstecher verfügt, wird auch unschwer feststellen können, daß der schöne Stern, der dem freien Auge wie ein Punkt mit hellen Strahlen erscheint, in Wirklichkeit ein winziges, äußerst feines Lichtsichelchen ist, das seine stärkste Stelle der Sonne zuwendet, als sichtbaren Beweis, daß Venus von der Sonne erleuchtet wird. Jedes bessere Fernrohr vermag die Lichtgestalt der Venus selbstverständlich um so deutlicher zu zeigen, je stärker die Vergrößerung ist, die es gibt. Bei 30maliger Vergrößerung wird die Sichel der Venus gleich groß zu sehen sein, wie die des Mondes mit freiem Auge.

Handelsnachrichten.

Berliner Börsenberichte vom 3. Februar.

Devisenmarkt. Nordische Valuten fest. Italienische Lira etwas gestiegen. Englisches Pfund um eine Kleinigkeit rückgängig.

Effektenmarkt. Abermalige Haussebewegung, zumeist unter Einbeziehung von Spezialwerten.

Produktenmarkt. Brotgetreide stand höher im Preise, doch wurde seitens der Mühlen Zurückhaltung beobachtet. In Hafer herrschte kaum nennenswertes Angebot. Gerste und Hilfsfuttermittel waren genügend am Markt. Oelsaaten wenig beachtet.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 244—249 (am 2. 2.: 241—246). Roggen Märk. 149—156 (148—155). Sommergerste 170—198 (170—198). Futter und Wintergerste 142—160 (142—160). Hafer Märk. 157—168 (156—167). Mais loko Berlin —,— (187 bis 189). Weizenmehl 32,25—35,75 (32,25—35,75). Roggenmehl 22,50—24,50 (22,50—24,50). Weizenkleie 11—11,25 (11—11,25). Roggenkleie 9,50—9,80 (9,50—9,80). Raps —,— (340—345). Viktoriaerbsen 26—35 (26—35). Kleine Speiseerbsen 22—25 (22—25). Futtererbsen 20—22 (20—22). Peluschken 20—21 (20—21). Ackerbohnen 19—21 (19—21). Wicken 20—24 (20—24). Lupinen blaue 12—13 (12 bis 13), gelbe 14—15 (14—15). Seradella neue 19 bis 20 (19—20). Rapskuchen 15—15,20 (15—15,20). Leinkuchen 21,50—21,80 (21,50—21,80). Trockenschnitzel 8—8,15 (8—8,15). Sojaschrot 19,20—19,60 (19,20—19,60). Torfmelasse 30/70 —,— (—,—). Kartoffelflocken 14,20—14,60 (14,30—14,90).

Börsen und Märkte

Dortmunder Zucht- und Fasselviehmarkt vom 3. Febr. Auftrieb: 798 Stück Großvieh, 336 Schweine, 20 Kälber, 2 Schafe. Der Handel in Großvieh war schleppend. Kühe kosteten 200—600, Rinder 150 bis 400 Mark. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Die geimpften Tiere sind mit Ohrenmarken versehen, die die Bezeichnung „Magerviehhof Dortmund" und eine Nummer tragen. Es sind die Nummern 60 370—61 174 ausgegeben worden. Am Schweinemarkt war der Handel lebhaft. Es kosteten Ferkel im Alter von 6 bis 8 Wochen 25—38, von 8 bis 10 Wochen 38—60, von 10 bis 12 Wochen 60—75 Mark. Der nächste Markt findet am 10. Februar statt.

Ruhrtaler Sänger-Verein Schwerte

Sonntag, 7. Febr., abends 6 Uhr, im „Freischütz"

Großer Humoristischer Abend

417

verbunden mit humorist. Konzert, Kölner Bütten-Reden. Schönheitskonkurrenzen u. s. w. — (Kein Kostümzwang)

Punkt 11 Uhr:

Einmaliges Auftreten der berühmten

Tiroler Damenkapelle.

Närrische Abzeichen sind nur an der Kasse zu haben.

Eintrittspreis 50 Pfg. pro Person.

Karten sind in den bekannten Vorverkaufsstellen erhältlich.

Nach 11 Uhr wird für Fahrgelegenheit gesorgt.

Schutzverein f. Handel u. Gewerbe e. V. Schwerte

Die heutige

Monatsversammlung fällt aus.

Im Laufe der kommenden Woche findet die Jahres-Hauptversammlung statt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Der Vorstand.

418

Im „Kaiserhof"

Heute

Karnevalistische Stimmungs-Musik

Rötlich-gelber Schäferhund

mittelgroß entlaufen.

Gegen Belohnung abzugeben, oder zweckdienliche Angaben über den Verbleib desselben wolle man in der Geschäftsst. d. Schwerter Ztg. niederlegen.

Treff-Punkt

Café Astoria

J. Wrede Ruf 244

Täglich

Karnevalistische Humor / Stimmung Kölner Jucken

Stimmungs!

aller Stände

388

Freundliche Einladung

zum

Jahresfest des Blauen Kreuzes.

Sonntag, den 7. Februar 1926, ½10 Uhr:

Festgottesdienst in der großen evgl. Kirche.

Festprediger: Herr Zeltmissionar Wolk.

Nachmittags 2½ Uhr: Nachversammlung im Evgl. Gemeindehause, Hagener Straße, mit Ansprachen von Zeltmissionar Wolk u. a., unter Mitwirkung des Gemischten Chors der Stadtmission und des Posaunenchors.

Die kleinen Zeltliederbüchlein sind mitzubringen.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Zwangs-Versteigerung

Sonnabend, den 6. Februar 1926, vormittags 10 Uhr, werde ich in meinem Pfandlokale bei Wirt Möller, Westenstraße

1 Posten Stoffe, Wäsche u. dergl. mehr

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern. Der Verkauf findet bestimmt statt.

Schwerte, den 4. Febr. 1926.

Trausch 422

Ober-Gerichtsvollzieher in Schwerte, Moltkestr. 23.

Aleuronath Zwieback

Das Beste vom Besten.

Tägl. frisch in der 136

Konditorei Heermann

Karl Heinz Lohmann

(Gesangspädagoge :: Konzertsänger)

Gesangunterricht

45

Westhofen i. W., Bahnhofstr. 10.

Anmeldung nur nach schriftlich vereinbarter Zeit.

Zum Stellenwechsel!

Hierdurch geben wir bekannt, daß wir Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pensions-Anerbieten und -Gesuche usw. für das bekannte Familienblatt

Daheim

zu Originalpreisen vermitteln.

Das Publikum hat nur nötig, den Anzeigentext in der Geschäftsstelle

der Schwerter Zeitung

oder in unserer

Buch- und Kunsthandlung

Bahnhofstraße 3

abzugeben und die Anzeigengebühren zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für Stellen-Angebote 80 Pf., für die einspaltige Druck-Zeile (7 Silben), für Stellen-Gesuche nur 60 Pf.

Gesuchte und Angebotene Pensionen 1.—M.

Das Daheim ist über ganz Deutschland und angrenzende Teile deutscher Zunge stark verbreitet. Sein weltbekannter, wöchentlich erscheinender Personal-Anzeiger führt Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammen.

Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle der Schwerter Zeitung

Carl Braus, Schwerte.

Vergiss nie

FEINKOST-MARGARINE

Blauband

FRISCH GEKIRNT

Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Vereinsdrucksachen

liefert sauber, schnell und billig

Buchdruckerei C. Braus, Schwerte

Singer

1. Fabrikate wie: Küppersbusch und Krefft

Garantie für jeden Herd

Zahlungserleichterung

Reparaturen in eigener Werkstatt.

Adolf Tondok

Hörderstr. 6.

Dünger

zu verkaufen 414

Diedrich Hesse

Hagener Straße 13.

Ein Wagen gutes

Wiesen-Heu

zu verkaufen. 416

Westhofen, Niederstr. 5.

Inserate

in der Schwerter Ztg. bestes Erfolg!

Im „Kaiserhof"

Heute

Karnevalistische Stimmungs-Musik

Man hört nur eine Stimme

über unsere „Wohlfeile Woche“

Was Stein leistet

ist bewundernswert!

Man muß unseren guten Qualitäten oder auch gehabt haben, um den großen Erfolg dieses Verkaufes zu begreifen. Da, nein nein unsere Angebot vorbehaltlos:

Zuerst die Qualität, dann erst die Preise, / erstaunen günstigst und die zumeist verbilligt / konnte den starken Besuch nicht ausbleiben.

Die beste Widmungsgabe unserere Leistungsfähigkeit sind unseren Dekorationen. / Wir empfehlen jedem, sich dieselben anzusehen; es wird bestimmt kaufen.

Eine Preise - voll Ernste

Nessel 86 cm breit, solide Qualität . . . . . mtr.	**038**	**Schürzendruck** prima Ware 116 cm breit, ... mtr. 1 25	**098**	**Popeline** doppelt breit, gute, reinw. Ware, moderne Farben mtr.	**275**
Bettuchnessel 160 cm breit, unsere bekannt schwere Ware, solange Vorrat . . . . Extrapreis	**148**	**Schürzen-Siamosen** ca. 120 cm br., uns. bek. Qual.-Ware mtr.	**110**	**Wollkrepp** 100 cm breit, in schönem Farben-Sortiment . mtr.	**350**
Hemdentuch 80 cm breit, feinfädige Wäschequalität . . mtr.	**048**	**Uni Kleiderzefir** prima waschechte Ware . . . mtr.	**068**	**Gabardine** 130 cm breit, prachtvolle Qualität . . . . . mtr.	**490**
Hemdentuch 130 cm breit, prima Qualität, bestens geeignet für Bettwäsche . . . . . mtr.	**158**	**Schotten** doppelt breit, in großem, modernen Sortiment . mtr.	**145**	**Wollrips** 130 cm breit, erstklassige Kleiderware . . . mtr.	**690**

Stein
SCHWERTE

Das Haus der guten Qualitäten

Was wird aus den Saargruben?

Von Dr. rer. pol. Kurt Hüttebräucker, Saarbrücken.

Die jahrelange Mißwirtschaft auf den französischen Staatsgruben an der Saar hat dazu geführt, daß der französische Fiskus aus diesem Betrieb nicht nur keine Gewinne mehr ziehen kann, sondern daß es sich bereits darum handelt, ein immer beträchtlicher werdendes Defizit zu decken. Daß namentlich in Anbetracht der überaus ernsten Finanzlage man dieserhalb in Frankreich ernstlich beunruhigt ist, wird man verständlich finden. Recht lebhaft beschäftigt sich bereits die französische Presse mit dem Saargrubenproblem. Die Mißstände in der Verwaltung werden mit den schärfsten Worten gegeißelt; vor allem ist man bemüht, einen Ausweg aus der mehr und mehr unhaltbar gewordenen Lage zu finden. Wenn man sogar den Gedanken einer Rückübertragung der Saargruben an Deutschland erörtert, so ist diese Anregung auch auf deutscher Seite der ernstesten Beachtung wert. Aus diesem Grunde wollen wir uns im folgenden etwas eingehender mit dem Saargrubenproblem befassen, so wie es der Saarländer sieht, wobei es als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, daß die saarländische und die deutsche Auffassung in dieser Frage völlig die gleichen sind.

Zunächst erhebt sich die Frage: Wie kam der französische Staat überhaupt in den Besitz der Saargruben? Auf Grund des Friedensvertrages mußte der preußische Staat die ergiebigen Saargruben — die Jahresförderung belief sich vor dem Kriege auf etwa 13 Millionen Tonnen — an den französischen Staat abtreten, und zwar angeblich als Ersatz für die nach Clemenceaus Ausführungen für ewige Zeiten zerstörten nordfranzösischen Kohlengruben. Weiterhin hielt man es noch für erforderlich, „zur Sicherung der Kohlenausbeute" das Saargebiet politisch und wirtschaftlich von Deutschland abzutrennen, um es der Obhut des Völkerbundes zu überantworten. Die wahren Gründe Frankreichs waren naturgemäß ganz andere; da man bei den Friedensverhandlungen die sofortige Annektion des Saargebietes nicht erreichen konnte, hoffte man auf dem Umwege über das Völkerbundregime noch zum Ziele kommen zu können, wenn man nur einmal die Saargruben und damit die ganze Saarwirtschaft in der Hand hatte. Die ganze französische Saarpolitik hatte aber neben den politischen zweifellos noch bedeutsame wirtschaftliche Beweggründe. Bekanntlich ist Frankreich ein kohlenarmes Land; wenn schon in früheren Jahren die Kohlenförderung des eigenen Landes nicht ausreichte, auch nur einen größeren Teil des Eigenbedarfs zu decken, so mußte sich dieser Kohlenmangel durch den Erwerb des industriell hochentwickelten Lothringens nur noch verschärfen. Man gab sich daher der Hoffnung hin, durch den Erwerb des Saarkohlenreviers wenigstens in etwa wieder die inländische Kohlengrundlage zu verbreitern.

Inzwischen sind mehr als sechs Jahre seit der Uebernahme der Saarkohlengruben durch den französischen Staat verflossen. Wenn man die Bilanz dieser Jahre zieht, so ergibt diese ein sehr trübes Bild. In schrankenlosem Gewinnstreben hat man auf den Saargruben eine beispiellose Raubbaupolitik getrieben, Raubbau auf Kosten der Gruben und Raubbau auf Kosten der Menschen. Alle Maßnahmen, die im Interesse der künftigen Entfaltung der Gruben liegen, wurden zurückgestellt, weil man durch solche „unproduktive" Arbeiten das Förderungsergebnis nicht ungünstig beeinflussen wollte. Selbst dringendste Sicherungsmaßnahmen wurden außer Acht gelassen, so daß die Zahl der Unfälle von Jahr zu Jahr gestiegen ist und infolge umfangreicher Bodensenkungen ganze Bergmannsdörfer rettungslos dem Untergang verfallen sind. Die Bergarbeiterschaft hat man mit Löhnen abgefunden, die meist kaum das Existenzminimum erreichen, während die sozialen Leistungen der Bergverwaltung nur einen verschwindend geringen Teil der Leistungen deutscher Unternehmen ausmachen.

Das Bestreben, möglichst hohe Gewinne aus den Saargruben herauszuziehen, machte sich besonders bei der Kohlenpreispolitik der französischen Bergverwaltung bemerkbar. Bei der Festsetzung der Kohlenpreise hat man nicht die geringste Rücksicht auf die Interessen der saarländischen Wirtschaft genommen. Man glaubte vielmehr, diese unter rücksichtsloser Ausbeutung der Monopolstellung mehr oder weniger willkürlich festsetzen zu können. Man hat berechnet, daß in den letzten Jahren das an und für sich reparationsfreie Saargebiet auf dem Umweg über die überteuerten Kohlenpreise pro Kopf der Bevölkerung erheblich höhere Reparationen an Frankreich hat zahlen müssen, als sie Deutschland auf Grund des Dawesgutachtens selbst dann zahlen muß, wenn die sogenannte Schonfrist abgelaufen ist!

Auf diese Art und Weise ist es Frankreich möglich gewesen, aus den Saargruben im Durchschnitt der letzten Jahre einen Reingewinn von 20 Millionen Goldmark jährlich zu erzielen. Ein gewiß recht stattliches Ergebnis, besonders wenn man bedenkt, daß gerade die Bergverwaltung ganz erhebliche Summen für politische Zwecke im Saargebiet verausgabt hat, und daß der gesamte Verwaltungsapparat eine starke Aufblähung erfahren hat. Dafür nur einige Beispiele aus dem darüber vorliegenden umfangreichen Material: Auf der Direktion der Saargrubenverwaltung sind heute 487 französische Beamte beschäftigt, während der preußische Fiskus mit 75 Beamten ausgekommen war. Die Zahl der dort beschäftigten Ingenieure ist von 9 auf 148 gestiegen, während jeder in Goldmark umgerechnet ein Gehalt bezieht, das in Gold etwa das Dreifache eines preußischen Ingenieurs beträgt. Gehälter von 50 000 bis 100 000 Franken sind keine Seltenheit, zu denen dann noch Gratifikationen in ungefähr gleicher Höhe kommen. Der gesamte Beamtenapparat ist von 1400 Mann auf 2500 Mann angeschwollen; der Gehaltsetat von 4 auf 10 Millionen Goldmark, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Mehrzahl der unteren deutschen Beamten Gehälter bezieht, die kaum die Hälfte der Friedensgehälter erreichen.

Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse für die Saargrubenverwaltung grundlegend geändert; man ist nicht mehr wie in früheren Jahren in der Lage, die Kohlenpreise willkürlich festzusetzen, sondern muß sich wieder mehr nach den Verhältnissen auf dem Weltkohlenmarkt richten, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß eine größere Absatzstockung eintritt. Zurzeit steht aber der Weltkohlenmarkt im Zeichen einer schweren Krise; wenn der deutsche Kohlenbergbau unrentabel geworden ist, und wenn sich der englische Kohlenbergbau nur durch staatliche Zuwendungen über Wasser halten kann, so ist es mehr oder weniger selbstverständlich, daß auch der Saarbergbau keine Gewinne mehr abwerfen kann, zumal hier nicht nach den Grundsätzen rationeller Betriebsführung gearbeite wird, sondern erhebliche Summen nutzlos vergeudet werden. Dazu kommt im Augenblick, daß die Saargruben durch die französische Raubbaupolitik derart heruntergewirtschaftet sind, daß über kurz oder lang größere Kapitalinvestitionen notwendig sein werden, wenn die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht gefährdet werden soll.

Der französische Staat seinerseits, der selbst sich in den größten finanziellen Schwierigkeiten befindet, ist nicht in der Lage, die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen, und der französische Steuerzahler wird es bei seiner künftigen steuerlichen Ueberlastung auch ablehnen, ein sich naturgemäß laufend ergebendes Defizit zu decken. Man ist dieserhalb in Frankreich nicht wenig besorgt und ist zurzeit schon eifrig bemüht, eine „elegante Lösung" des Saargrubenproblems zu finden, die den finanziellen Interessen Frankreichs Rechnung trägt.

Besonders bemerkenswert sind auch in diesem Zusammenhange die Veröffentlichungen des bekannten französischen Abgeordneten Uhry. Sehr ausführlich wird da auf die Verschwendung und die Vetternwirtschaft bei den Saargruben hingewiesen, die geradezu als ein öffentlicher Skandal bezeichnet wird. An einer Fülle von Einzelbeispielen wird dargelegt, in welcher schamlosen Weise verschiedene Persönlichkeiten mit durchaus unnützen Funktionen es fertig bringen, sich auf Kosten des französischen Staates (richtiger müßte es wohl heißen: auf Kosten der Saarbevölkerung!) einen guten Tag zu machen und sich zu bereichern. Dieser Aufsatz klingt dann schließlich darin aus, daß man nach einer Lösung des Saarproblems suchen muß, indem man zwar das Saargebiet an Deutschland zurückgibt, aber auf Grund internationaler Vereinbarungen trotzdem die Saarkohle behält. — Ein solcher Vorschlag ist naturgemäß für Deutschland unannehmbar; nach dem Wortlaut des Friedensvertrages kann nur die Rückgabe der Saargruben an Deutschland in Frage kommen. Dieser von Uhry gemachte Vorschlag deckt sich ungefähr mit französischen Bestrebungen, die Saargruben einem internationalen Syndikat zu überantworten. Auch derartige Bestrebungen können auf deutscher Seite nicht scharf genug bekämpft werden.

Die Ausführungen Uhrys sind bisher schon nicht ganz ohne Wirkungen geblieben. Kurz vor Weihnachten stattete der französische Minister de Monzie den Saargruben seinen Besuch ab, mit dem Ergebnis, daß tatsächlich mit dem Abbau französischer Beamter bei der Bergverwaltung Ernst gemacht werden soll. Eine ganze Reihe höherer Beamter sind urplötzlich ihrer Stelle enthoben worden, und auch der Generaldirektor der Gruben soll in Kürze seinen Posten verlassen. Aber darüber soll man sich in Frankreich keinen Täuschungen hingeben; selbst durch umfangreiche Abbaumaßnahmen läßt sich die verlorengegangene Rentabilität der Saargruben unter heutigen Verhältnissen nicht mehr so leicht wieder herstellen. Wenn Frankreich das sich naturnotwendig ergebende Defizit nicht tragen will und kann, bleibt kein anderer Ausweg, als die Saargruben an Deutschland wieder zu verkaufen.

In diesem Sinne äußert sich auch Uhry in einem weiteren Zeitungsartikel, der vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde. Anscheinend als Folge davon, daß seine ersten Anregungen im Saargebiet und in Deutschland wenig Gegenliebe gefunden haben, geht er in diesem neuesten Aufsatz erheblich weiter. Uhry sieht keinen anderen Ausweg mehr, als daß Frankreich so schnell wie möglich die Saargruben an Deutschland wieder verkauft, zumal Frankreich Gefahr läuft, über kurz oder lang doch zu diesem Schritt gezwungen zu werden. Mit dem Erlös von 2 Milliarden Goldmark (die deutsche Schätzung des Wertes geht allerdings nur auf 300 Millionen Goldmark) könne dann die französische Amortisationskasse gespeist werden, ein Weg, der zweifellos besser sei, als wenn Frankreich sich durch den Verkauf von Monopolen oder Kolonien aus der Finanzkalamität heraushelfen würde. Dieser Vorschlag ist für Frankreich durchaus der Beachtung wert, da es durch den Verkauf der Saargruben einen Fonds erhalten würde, mittels dessen es gelingen könnte, die Finanzen zu sanieren.

Auch Deutschland würde einem solchen Vorschlag, wenn er von amtlicher französischer Seite gemacht würde, durchaus mit Interesse begegnen können. Die Lage ist mittlerweile schon so, daß Deutschland unbedingt die Rückgabe der Saargruben schon jetzt fordern kann. Denn die Gründe, die Frankreich seinerzeit bei den Friedensverhandlungen vorbrachte, um den Erwerb des Saargebietes zu rechtfertigen, sind völlig in sich zusammengefallen. Denn inzwischen haben die nordfranzösischen Kohlengruben die Friedensförderung bereits überschritten; damit entfällt jeder Rechtsanspruch, wie ihn Frankreich bisher auf die Saargruben glaubte geltend machen zu können. Unter Hinweis auf diese Tatsache wird Deutschland mit vollem Recht die völlige Aufhebung des Saarregimes und die Wiedervereinigung dieses Gebietes mit Deutschland verlangen können. Man wird zu der Annahme berechtigt sein, daß Deutschland bei der ersten Völkerbundsitzung, an der es als Mitglied teilnehmen wird, diese Forderung mit allem Nachdruck erheben wird.

Wenn Frankreich jetzt den berechtigten deutschen Wünschen Rechnung trägt, so bedeutet dies im Augenblick keineswegs ein Opfer; denn es verzichtet damit nur noch auf ein Unternehmen, das jetzt bereits mit erheblichem Defizit arbeitet und das es in einigen Jahren unter allen Umständen wird aufgeben müssen.

Es erhebt sich dabei die Frage, in welcher Form die Rückübertragung der Saargruben an Deutschland erfolgen soll. Maßgebend muß dabei der Text des Friedensvertrages sein. Nach der im Jahre 1935 erfolgten Volksabstimmung soll Deutschland, wenn diese zu seinen Gunsten ausgefallen ist, die Saargruben zurückkaufen. Da Deutschland der Wert der Saargruben auf Reparationskonto bereits gutgeschrieben worden ist, wird man kaum etwas dagegen einwenden können, daß Deutschland die Saargruben zurückkauft. Damit diese Transaktion aber schon jetzt erfolgen kann, dazu bedarf es aber noch nicht einmal einer Abänderung des Friedensvertrages; denn § 38 des Saarstatuts besagt ausdrücklich, daß Deutschland und Frankreich sich schon vor diesem Zeitpunkt über die Rückübertragung der Saargruben anderweitig einigen können. Weiterhin wird Deutschland auch bereit sein, nach erfolgter Uebertragung einen Teil der geförderten Kohlenmenge entsprechend § 37 des Saarstatuts der französischen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Von maßgebender französischer Seite wird durchaus zugegeben, daß eine solche Lösung des Problems der jetzigen französischen Defizitwirtschaft vorzuziehen ist. Was die Höhe des Rückkaufpreises angeht, so ist diese von einem durch den Völkerbund zu ernennenden Sachverständigenkollegium festzusetzen, dem ein Deutscher, ein Franzose und ein Vertreter eines dritten Staates angehören soll. Diese Kaufsumme dürfte 300 Millionen Goldmark kaum überschreiten, zumal die Gruben stark heruntergewirtschaftet sind. In dieser Höhe wurde auch der Wert der Saargruben von der Regierungskommission für ihre steuerlichen Zwecke eingeschätzt.

So stünde der Rückgabe der Saargruben an Deutschland nur im Anschluß daran der völligen Bereinigung der Saarfrage nichts mehr im Wege, wenn Frankreich die zurzeit günstige Gelegenheit wahrnehmen würde. Das eigene wohlverstandene Interesse muß ihm diesen Weg weisen. Ein solcher Entschluß müßte auch im Saargebiet den Glauben aufkommen lassen, daß mit Locarno tatsächlich eine neue Zeit angebrochen ist. Aber noch immer hat man in Frankreich nicht den Mut zur Wahrheit gefunden, man will vor der Welt und dem eigenen Volke noch nicht eingestehen, daß der Angriff der französischen Industrie auf die Saargruben endgültig abgeschlagen ist. — Und was wird die Folge davon sein? In absehbarer Zeit wird Frankreich unter viel ungünstigeren Umständen das Saargebiet mit seinen Gruben doch wieder hergeben müssen. Es wäre dann nicht das erstemal im Verlauf der letzten Jahre, daß französische Politiker es bereuen müßten, daß ihnen im rechten Augenblick der Mut zur Initiative gefehlt hat.

—oo—

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, 4. Februar 1926.

÷ **Unfall.** Am verflossenen Montag erlitt Herr Bödecker von hier in Dortmund einen erheblichen Unfall dadurch, daß ihm in der Märkischen Straße ein Eisenstück von der Ueberführung der Eisenbahn aus 5 m Höhe auf den Kopf fiel. B. fiel gleich bewußtlos hin und wurde von Straßenpassanten in das nächste Lokal getragen. Hier wurde er verbunden und die Polizei nahm den Vorfall zu Protokoll. Schon vor 8 Tagen soll ein Mann einen gleichen Unfall erlitten haben, leider jedoch mit tödlichem Ausgang.

÷ **Unfall.** Einen bedauerlichen Unfall erlitt der Arbeiter Küper aus der Westenstraße. Demselben stürzte ein schwerer Eisenstab so unglücklich auf den linken Fuß, daß ihm mehrere Zehen fast vollständig zerquetscht wurden.

÷ **Seltener Geburtstag.** Am gestrigen Tage konnte eine der ältesten Personen unserer Stadt, die Witwe Karl Kost, Wandhoferbruch, ihren 87. Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische feiern. Den vielen Gratulationen, die aus nah und fern eingingen, schließen wir die unsrigen nachträglich mit dem Wunsche an, daß ihr ein sonniger Lebensabend beschieden sein möge.

÷ **Gesangunterricht.** Unser heimischer Konzertsänger Karl Heinz Lohmann (Westhofen), der in den letzten Jahren durch sein Auftreten in den Städten Rheinlands und Westfalens große Erfolge

Fay's echte Sodener Pastillen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung

Was die Liebe vermag

Roman von Eduard Wagner.

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Graf trat leise hinzu, besorgt und tief bewegt. Wie bleich und verfallen war das Aussehen seines Sohnes. Gewissensbisse hatten mehr getan als die Krankheit, um die einst so schönen Züge zu entstellen. Seit dem jungen Manne die Gewißheit war, daß er sterben mußte, hatte er die größten Qualen ausgestanden. Er hatte den ganzen Tag auf seinen Vater gewartet und zu Gott gebetet, daß ihm das Leben nur noch so lange erhalten bleiben möchte, bis er seinen Vater gesehen und ihm die Schuld seiner Jugend gebeichtet hätte.

„Oskar," sagte der Graf mit bewegter Stimme.

„Vater!" hauchte der Kranke matt, die Augen öffnend. „Mein Vater!"

Der Arzt legte die Hand auf das Bett zurück und schüttelte den Kopf als Antwort des Grafen fragenden Blick.

„Wieviel Zeit bleibt mir noch, Doktor?" fragte Lord „Oskar.

Der Arzt zögerte; aber es war keine Zeit für täuschende Ausreden.

„Wenn Sie ihren Vater was zu sagen haben, Mylord, so müssen Sie sich beeilen," sagte er ernst.

„Dann lassen Sie mich mit ihm allein."

Der Doktor und die Wärterin gingen hinaus. Der Graf ließ sich zitternd vor dem Lager Oskars nieder. Er war zurückhaltend und kalt gewesen seit dem Tode seiner Gattin und er fühlte erst jetzt, wie sehr er seinen Sohn lieb hatte.

„Vater," begann Oskar schwach, „ich habe dir etwas mitzuteilen, — ein Geheimnis. Ich kann nicht sterben mit dieser Last auf meinem Herzen."

„Ein Geheimnis, mein Sohn?"

„Ich konnte es dir nicht früher sagen. Du bist die Rechenschaft selbst, Vater; aber ich bin die Jahre hindurch ein elender Betrüger gewesen —"

„Mein Sohn!" fiel ihm der Graf bestürzt ins Wort.

„O, Vater, ich spreche die Wahrheit," fuhr Oskar flüsternd fort, „ich muß mein Herz entlasten. Gib mir zu trinken!" fügte er matt hinzu.

Der Graf reichte ihm ein Glas mit Wasser. Oskar sah seinen Vater flehend an, und die namenlose Angst, die aus seinen Augen sprach, drang dem alten Mann tief in die Seele.

„Welch ein Geheimnis bedrückt dich?" fragte er schmerzlich. Sage es mir offen —"

„O, es wird mir sehr schwer," sagte der Kranke, „und doch kann ich nicht mit dieser Schuld auf meiner Seele vor den himmlischen Richter treten. Ich muß sprechen. Wende deine Augen von mir, Vater. O, wenn ich dich schon fürchte, wie werde ich erst vor dem ewigen Richter erbeben?"

„Mein armer Sohn!" sprach der Graf mitleidsvoll. „Fürchte keinen Vorwurf von mir. Was du auch getan haben magst, ich vergebe dir. Laß dein Geheimnis mit dir sterben."

„Nein, nein, es würde mir keine Ruhe im Grabe lassen. Du mußt es wissen, daß Lady Georgine nicht mein Weib ist!"

„Oskar!"

„Du denkst, ich rede irre? Nein, ich sprach nie so wahr wie in diesem Augenblick. Ich war vermählt, als ich mit Lady Georgine getraut wurde. Ich glaubte, daß mein armes Weib tot sei, als ich die zweite Heirat einging. Aber sie lebte. Ich sah sie, als der Hochzeitszug von der Kirche nach Glonmore zurückkehrte."

„Du bist rechtmäßig verheiratet gewesen?" fragte der Graf hastig.

„Ja, mein Vater," hauchte Oskar, in seine Kissen zurücksinkend.

„Wo ist diese erste Gattin Oskar?"

„Ich weiß es nicht. Ich las, daß sie in die Themse gesprungen sei. Aber als ich sie nach der Trauung wiedersah, da wurde mir bewußt, daß eine Verwechslung stattgefunden haben mußte. Ich heiratete sie unter dem Namen Oskar Rocester. Vater, erinnerst du dich des Morgens, an welchem du mich zur Heirat mit Lady Georgine drängtest? Ich ging zu meinem armen Weibe und sagte ihr, — Gott verzeihe mir die Lüge, — daß unsere Heirat nicht rechtsgültig sei. O, es war ein furchtbares Unrecht, welches ich an einer reinen, edlen Seele beging."

„Ein furchtbares Unrecht!" wiederholte der Vater dumpf.

„Du mußt sie aufsuchen, Vater," fuhr Oskar erregt fort. „Der Trauschein liegt in meinem Schreibpult verborgen. Du kannst die Heirat leicht beweisen. Und wenn du Emmy auffindest, dann sage ihr, daß ich sie mit meinem letzten Atemzuge um Vergebung anflehe. Und das Kind —"

„Das Kind?" rief der Graf zurückfahrend aus.

„Ja, das Kind muß am Leben sein," flüsterte der Sterbende und der Schimmer der Verklärung flog über seine Züge, „forsche nach dem Kinde, Vater, — deinem Enkel, — deinem Erben!"

„Ein Kind!" wiederholte der Graf zitternd. „Großer Gott, ein Kind!"

„Ja, Vater, und ich will hoffen, daß Emmys Kind dein würdiger Nachfolger sein wird. Laß Martin Clifford dir helfen, sie aufzusuchen, er kennt sie und wird ihren Aufenthalt erforschen. Lebewohl, Vater, — Emmy, — Gott sei mir Sünder gnädig!"

Im Flüsterton entfuhren diese Worte seinen Lippen die rechte griff nach dem Herzen und die Augen schlossen sich. — Oskar hatte geendet. An seinem Lager stand der alte Graf gebeugten Hauptes, während heiße Tränen auf die Leiche seines Sohnes herabfielen, mit dessen Hinscheiden er so manche schöne Hoffnung für immer schwinden sah.

Der Graf ließ seinen Sohn in aller Stille, aber mit großem Gepräge bestatten und bewahrte sein Geheimnis vor allen, selbst vor Lady Georgine. Er beauftragte seinen Anwalt, Nachforschungen nach der verlorenen jungen Frau anzustellen. Die Heirat Oskars mit Emmy Reynold war klar bewiesen; aber sie selbst konnte nicht aufgefunden werden.

Clifford wurde zu Rate gezogen. Er war der Ueberzeugung, daß Emmy ihrem Leben ein Ende gemacht, nachdem sie ihren Gatten mit seiner zweiten Frau gesehen hatte. Der alte Graf aber gab die Hoffnung nicht auf und forschte weiter. Er konnte nicht ermitteln, ob der Ehe seines Sohnes tatsächlich ein Kind entsprossen war, aber glaubte fest, daß ein solches lebte.

Und so verstrichen die Jahre. Sein Anwalt setzte das scheinbar nutzlose Suchen nach Emmy und ihrem Kinde fort.

Sie hatten keine Ahnung von der Heimat der Reynolds in Kent und fanden keine Srur. In dem Kirchenbuche war Emmy als aus London gebürtig angegeben, und auch Clifford konnte keine andere Auskunft mitteilen, als daß sie von niederer Herkunft sein müsse. Er sagte nicht, daß er selbst jahrelang gesucht hatte. —

„Acht Jahre sind verflossen, seitdem Oskar starb," sprach der alte Graf von Saint Berry zu sich selbst an dem Tage, an welchem Valerie nach Reynold-Farm kam. „Könnte ich doch das Kind finden! Die Mutter wird seit Jahren tot sein, — aber das Kind muß leben. Könnte ich es nur finden; ich würde zufrieden sterben!"

9. Kapitel.

Ein romantisches Abenteuer.

Am nächsten Morgen nach der Ankunft Valeries auf Reynold-Farm schrieb Robert an Mr. Peason, daß bald eine Stelle für Valerie gefunden werden müsse.

(Fortsetzung folgt.)

errang und jedem Besucher des Lieder- und Balladen-Abends im Evgl. Gemeindehaus noch in bester Erinnerung ist, erteilt Gesangunterricht. Zu seinen Schülern(innen) zählen bereits viele aus den benachbarten Städten und Gemeinden und dürften auch wir jungen Sängern(innen) die Schule von Karl Heinz Lohmann bestens empfehlen. (Siehe Inserat.)

÷ **Westfalenzelt in Schwerte.** Der durch seine dreiwöchige Arbeit im Westfalenzelt in unserer Stadt bekanntgewordene Zeltmissionar Herr W. Wolk aus Bethel bei Bielefeld wird in den Tagen vom 7.—9. Februar wieder hier weilen. Er wird am Samstag, den 7. Februar im Hauptgottesdienst in der großen evangel. Kirche predigen über Römer 6, 22, unter dem Thema: „Die rechte Freiheit und ihre zeitliche und ewige Frucht." Sonntag nachmittag 3½ Uhr in der Nachfeier des Jahresfestes des Blaukreuzvereins über Römer 5, 22, unter dem Thema: „Der Sünde Macht, der Gnade Allmacht." Sonntag abend 8 Uhr, wiederum in der großen evangel. Kirche, gedenkt er den im September ausgefallenen Vortrag zu halten; Thema: „Das größte Wunder der Weltgeschichte." Dann folgen am Montag und Dienstag abend, jedesmal um 8 Uhr in der großen evangel. Kirche noch zwei Vorträge über das Thema: „In dem Einen Alles." Auf diese Vorträge soll jetzt schon hingewiesen werden. Der Eintritt ist frei für Jedermann.

÷ **Hinweis.** Auf die am heutigen Abend im Hotel zur Post stattfindende Generalversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Schwerte wird besonders hingewiesen. Wer sich vor Schaden bewahren will, besuche die Versammlung.

÷ **Wer wird der Glückliche?** Heute werden Magistrat und Stadtverordnete in gemeinsamer, vertraulicher Sitzung zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl Stellung nehmen bezw. die eingegangenen Bewerbungen durchgehen. Allzu begehrt scheint der Posten eines Bürgermeisters in Schwerte nicht zu sein, sind doch bis jetzt nur ca. 20 Bewerbungen eingelaufen.

÷ **Schutzverein für Handel und Gewerbe e. V.** Die für heute angesetzte Monatsversammlung fällt aus; dafür findet im Laufe der nächsten Woche die Jahres-Hauptversammlung statt.

÷ **Karneval im Freischütz.** Im großen Freischützsaal findet am Sonntag, den 7. Februar, nachm. 6 Uhr beginnend, ein humoristisches Konzert statt, veranstaltet von dem „Ruhrtaler Sängerverein" Schwerte und der beliebten Kapelle des Herrn Franz Haupt, Hörde. Allerhand Ueberraschungen, die man jetzt noch nicht verraten darf, lassen die Stunden schnell verfliegen. Bekannte Größen auf musikalischem, rednerischem und akrobatischem Gebiet werden mit ihrem Witz und Humor für beste Unterhaltung sorgen. Die aufgeschlagene Kirmesstadt gibt auch reichlich Gelegenheit, die Lachmuskeln zu bewegen. Und vom Musikpodium aus, das mitten im Saal angebracht ist, wird die nimmermüde Kapelle flotte Tanzweisen erschallen lassen. Der Eintrittspreis beträgt 0,50 ℳ (einschließlich Steuer). Kein Kostümzwang. Abzeichen sind an der Kasse zu haben.

÷ **Deutsche Zirkuskunst im Auslande.** Der Zirkus Blumenfeld-Magdeburg, der eben erst sein außerordentlich erfolgreiches Gastspiel im Berliner „Zirkus der 10 000" beendete, gastiert zurzeit auf mehrere Monate in England. Das englische Gastspiel begann in der riesigen Olympia-Hall zu Liverpool, wo die 4beinigen Blumenfeldschen Künstler (Elefanten und Pferde) gleich am Eröffnungstage den Beifall einer begeisterten Menge entgegennehmen konnten. Direktor Blumenfeld, der das Gastspiel selbst leitet, wird in der Liverpooler Presse als einer der besten und vor allem mildesten Dresseure gefeiert. Wer die englischen Tierschutzgesetze kennt, die selbst dem Elefanten-Dresseur die Peitsche verbieten, wird diese Anerkennung verstehen und doppelt empfinden. Denn während fast alle Elefanten-Dresseure mehr oder weniger scharfe Hilfsmittel benutzen, werden die Blumenfeldschen Riesen nur mit einem Spazierstock vorgeführt, die Vorführung der Pferde erfolgt z. T. nur durch Winken mit dem Handschuh. Die neuartige Elefantendressur „Elefanten-Fußball" und „Elefanten-Jazzband" hat naturgemäß in England zahlreiche Freunde in den Zirkus gelockt, die sonst dem Zirkus fernblieben. So ist es kein Wunder, daß der Direktion Blumenfeld bereits für nächsten Winter Verträge vorgelegt sind, die ein Gastspiel von 3—4 Monaten enthalten. Nach Beendigung des diesmaligen Gastspiels kehren die Tiere mit ihrem Dresseur nach Deutschland zurück, um pünktlich zu der Ende März einsetzenden Sommersaison in der Heimat zu sein. Das Unternehmen gastiert in der bevorstehenden Spielzeit auch in unserer Stadt und wird mit seiner Reklame beginnen, sobald der genaue Zeitpunkt des Gastspiels feststeht. Der Spielplan 1926 enthält neben den besten Vertretern akrobatischer Künste, erstklassige Luftgymnastiker, Reitertruppen usw., japanische Gaukler, indische Tänzer, arabische Springer. In schützendem Gitter zeigen wilde Berberlöwen und kaukasische Bären ihre Künste, indes turkestanische Kamele, spanische Stiere, dickwollige Lamas, fauchende Leoparden, muntere Affen, Wölfe, Känguruhs usw. usw. sich auf anderem Gebiete betätigen.

÷ **Wie viel Zinsen darf man einklagen?** Ein höherer Zinssatz kan bei dem Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehles ohne Darlegung eines weiteren Schadens beantragt werden. Die Prozeßrichter-Vereinigung Groß-Berlin hat bemerkenswerte einstimmige Beschlüsse gefaßt, die bestimmt sind, die richterlichen Entscheidungen zu vereinheitlichen, aber auch besondere Bedeutung für die Beteiligten haben: Ein Vorschlag auf Erlaß des Zahlungsbefehles ist grundsätzlich nicht deshalb zu beanstanden, weil nach Ansicht des Gerichts zu hohe Zinsen beansprucht werden, außer wenn sich aus den Umständen die Unzuläßigkeit der Zinsforderung offenbar ergibt. Der übliche Zinssatz ist jetzt 12 Prozent. Aber auch ein Antrag bis zu 18 Prozent ist nicht zu beanstanden. An der Sitzung nahmen auch Vertreter des Industrie- und Handelstags sowie der Berliner Industrie- und Handelskammer teil. Der Beschluß bezieht sich nicht auf Fälle anderer Vereinbarung.

÷ **Die große Zahl von rund 850 Studierenden** weist z. Z. das Technikum Lage in Lippe, eine unter Staatsaufsicht stehende Speziallehranstalt zur Ausbildung von Maschinen- u. Elektroingenieuren auf. Diese höhere technische Lehranstalt mit der sich aus der oben ergebenden Jahresfrequenz von 1700 Studierenden nimmt dadurch unter den deutschen Techniken, Ingenieurschulen, Polytechniken, Akademien und wie sonst die Bezeichnungen für die technischen Mittelschulen im Deutschen Reiche lauten, mit die wichtigste Rolle in der Heranbildung guter technischer Kräfte ein. Die Einrichtung von Sonderabteilungen ermöglicht eine Spezialausbildung nach folgenden Richtungen des Maschinenbaues und der Elekrotechnik hin: Allgemeiner Maschinenbau, Lokomotivenbau, Autobau, Flugzeugbau, Werkzeugmaschinenbau, Vorrichtungsbau, landwirtschaftlicher Maschinenbau, Heizungsbau, Betriebstechnik, Allgemeine Elektrotechnik, Schwachstromtechnik, Hochspanntechnik, Radiotechnik etc. Das nächste Sommersemester beginnt am 20 April 1926.

÷ **Das wirkliche Ende der privaten Vorschulen.** Private Vorschulen und Volksschulklassen bestehen zum Teil noch. Deren Aufhebung kann nach einer Vereinbarung der Länder durch allmählichen Abbau oder durch Auflösung in einem Zuge erfolgen. Die sofortige Auflösung oder der sofortige Abbau ist durchzuführen, wenn sich erhebliche wirtschaftliche Härten für Unterhaltungsträger oder Lehrer und Lehrerinnen nicht ergeben. Mit der Einziehung der Klassen Jahr für Jahr ist spätestens mit Beginn des Schuljahres 1927/28 zu beginnen. Es dürfen noch Ostern 1926 Kinder in die Privatschulklasse des ersten Jahrgangs aufgenommen werden. Dies gilt auch für private Vorschulen mit vier Klassen. Aber auch hier ist wieder eine Ausnahme bis zum Beginn des Schuljahres 1929/30 in besonderen Fällen vorgesehen. Mit dem Schuljahr 1928/29 müssen aber alle völlig aufgehoben sein. Aus den privaten Klassen dürfen nach der dreijährigen Grundschulpflichtszeit nur besonders leistungsfähige Schüler in die mittleren und höheren Schulen aufgenommen werden. Baden vollendet den Abbau erst 1929/30.

÷ **Wetterbericht der Wetterwarte Essen vom 3. Februar 1926.** Der seit einigen Tagen über England und Frankreich gelegene Tiefdruck hat sich zwar in verschiedenen Teiltiefs nach der nord- und westlichen Ostsee ausgebreitet. Er ist jedoch im Zerfallen begriffen, während im hohen Norden der Luftdruck an Stärke etwas zugenommen hat. In Westdeutschland und den Küstengebieten herrschte heute morgen vielfach nebliges, in den übrigen Teilen wolkiges Wetter, bei meist schwacher, wechselnder Luftbewegung und Temperaturen zwischen 2 und 9 Grad. — Wetteraussichten bis Freitag: Vorübergehend aufheiternd bei wechselnder Bewölkung, vereinzelt auch Nebelbildung und geringe Niederschläge, Temperaturen im allgemeinen sinkend, in den höheren Lagen bis zu leichten Frost.

---

1. **Holzen,** 4. Febr. Der Landwirtschaftl. Ortsverein Holzen feierte in den Lokalitäten des Wirtes Hosang sein Winterfest. Ein reiches Programm hielt die Mitglieder in schönster Gemütlichkeit für einige Stunden beisammen. Den Schluß des Programms bildete eine Verlosung und Tanz.

÷ **Ergste,** 4. Febr. Autobusverkehr Letmathe — Ergste — Schwerte. Die Westfälischen Kleinbahnen hatten seinerzeit aus Anlaß des Straßenbahnerstreiks den Autobusverkehr auf der Strecke Letmathe—Ergste—Schwerte eingestellt. Wegen größerer Umbauarbeiten an den Kraftwagen und wegen wiederholt starken Schneefalles vor einigen Wochen war der Verkehr noch nicht wieder aufgenommen worden. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, beabsichtigen die Westfälischen Kleinbahnen in aller Kürze den Verkehr wieder aufzunehmen, und zwar sollen die Wagen von Grüne (Dechenbühle) bis Schwerte (Bahnhof) verkehren.

1. **Syburg,** 3. Febr. Ueberfall im Mühlenwalde. Heute nachm. wurde das Dienstmädchen der Familie Risse im Mühlenwald von einem etwa 20jährigen Manne überfallen. Der Bursche wurde jedoch frühzeitig genug gestört, so daß er sein Vorhaben nicht ausführen konnte. Er hatte ein Fahrrad bei sich und konnte daher entkommen. Der Täter soll einen braunen Manchester-Anzug getragen haben. Sachdienliche Mitteilungen, die zur Ermittelung des Täters führen können, wolle man bei der Polizei-Verwaltung Westhofen machen.

÷ **Sölde,** 3. Febr. Wegen Raubüberfalls waren im vergangenen Jahre eine Reihe von Angeklagten zu teilweise sehr erheblichen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Einer derselben, der Arbeiter Gustav Schmidt, hatte gegen das Urteil, das ihn mit einer Gefängnisstrafe von einem Jahr bedachte, Berufung eingelegt mit der Begründung, daß er an der Tat nicht nur unbeteiligt, sondern überhaupt nicht dabei gewesen sei. Der Vorfall war folgender: Am 25. Februar 1924 drangen in das Haus der Familie Gruß hierselbst, das im Umkreise von 100 Metern abseits von allen benachbarten Gebäuden unmittelbar an der damaligen französischen Besatzungs- und Zollgrenze stand, mehrere verwegene Männer mit erhobenen Schußwaffen ein und verlangten unter Bedrohung mit dem Revolver von den Hausbewohnern die Herausgabe dort versteckter Schmuggelwaren. An ein Entrinnen war nicht zu denken, da das Haus von den Komplicen der Eingedrungenen umstellt war. Die Bewaffneten besichtigten im Hause sämtliche Räume eingehend, ohne allerdings irgend etwas zu entwenden oder zu beschädigen. Sie mußten die Feststellung machen, daß die vermeintlich im Hause befindliche Schmuggelware bereits wieder abgeholt war, und zogen mit langen Gesichtern unverrichteter Sache wieder ab. Nun versuchte der Arbeiter Schmidt den Nachweis zu führen, daß er sich zu der fraglichen Zeit in der Sölder Wirtschaft Tschopve aufgehalten habe, wo er von zwei Radfahrern, die vor dem Hause eine Reparatur vornahmen, gesehen worden sein will. Die Angaben der als Zeugen vernommenen Radfahrer waren jedoch so unbestimmt, daß der Angeklagte einen einwandfreien Alibibeweis hierdurch nicht erzielte. Dagegen stellte sich überraschenderweise heraus, daß einer der damals Verurteilten nur auf die Hilferufe der Familie Grune herbeigeeilt war und lediglich auf die belastenden Aussagen eines Mitangeklagten hin, der jetzt diesen Teil seiner Aussage ausdrücklich widerrief, verurteilt worden war und nun, schon 2 Jahre fast, unschuldig im Gefängnis sitzen soll. Die Berufungsinstanz sah nach der Beweisaufnahme keine Veranlassung, das Urteil des Vorderrichters aufzuheben und die Berufung wurde verworfen; es bleibt bei einer Strafe von einem Jahr Gefängnis.

÷ **Hörde,** 4. Febr. Auf dem Phönix sind die Belegschaften der Thomas-, Martin- und Blockwalzwerke laut Anschlag bis auf weiteres beurlaubt worden. Die Werke, welche wegen mangelnder Aufträge stillgelegt wurden, hoffte man, wie seinerzeit mitgeteilt, am 2. Februar wieder in Betrieb nehmen zu können. Leider hat sich diese Hoffnung nicht verwirklicht.

÷ **Wellinghofen,** 3. Febr. Schlägerei aus politischem Gegensatz. Die Wellinghofer Heide ist ja schon der Schauplatz mancher Prügelei gewesen, die nur dazu dienen sollte, dem politischen Gegner die Richtigkeit der eigenen Meinung zu beweisen; es ist ja leider so, daß man nicht mehr aneinander vorbeikommen kann, ohne sich zum mindesten gröblich zu beschimpfen. Sonntag, gegen Abend, trafen sich abermals auf der Heide solche rauflustigen Gesellen, und bald war auch eine tüchtige Prügelei eingefädelt. Dabei bezog einer der Teilnehmer so gründliche Hiebe, daß er das Bett hüten muß.

Aus den Provinzen.

Folgenschwerer Zusammenstoß.

Unna, 3. Febr. Ein aufregender Vorfall spielte sich in den Abendstunden des Dienstags an der Massener Straße in der Nähe der Bürstenfabrik ab. Ein von Unna kommender Schnell-Lastwagen, einer Düsseldorfer Firma gehörig, überfuhr an dieser Stelle einen älteren Mann namens Gerlitz aus Altenbögge, der verletzt dem nahegelegenen evgl. Krankenhause zugeführt wurde, in dem er sich schon vorher als Patient befand. Durch dieses Unglück anscheinend nervös geworden, verlor der Chauffeur die Herrschaft über seinen Wagen, der ins Gleiten geriet und nun den Anhänger eines von Aplerbeck herunterkommenden Unnaer Lastwagens zur Seite drückte. Dieser wiederum wurde auf den Motorwagen eines Straßenbahnzuges geschleudert, der von Unna nach Dortmund fuhr und der in diesem Augenblick die Unglücksstelle passierte. An dem Motorwagen entstand erheblicher Materialschaden, doch wurden glücklicherweise keine Personen mehr verletzt, da die beiden Fahrzeuge im gleichen Augenblick durch die Geistesgegenwart ihrer Führer zum Halten gebracht wurden. Der Schnell-Lastwagen fuhr dann noch auf den gegenüberliegenden Bürgersteig, wo er endlich, kurz vor einem Geschäftshaus, seine Schreckensfahrt beendete. Während die Straßenbahn und der Unnaer Lastwagen ihre Fahrt fortsetzen konnten, blieb der Schnell-Lastwagen mit verbogener Achse und Federbruch auf der Straße liegen. Nur langsam verlief sich die große Zuschauermenge, die sich schon bald an der Unglücksstelle eingefunden hatte.

Qualvoller Tod.

Iserlohn, 4. Febr. Der 21 Jahre alte Sohn der Eheleute Esser aus der Kirchstraße hatte sich beim Turnen eine Verletzung zugezogen, die er nicht beachtete. Als er den Arzt aufsuchte, war es schon zu spät. Ein qualvoller Tod erlöste ihn von seinem Leiden.

Das gepfändete Postauto.

Iserlohn, 4. Febr. Ein eigenartiger Streitfall ist zwischen dem Landrat des Kreises Iserlohn, Dr. Loos, und der Postverwaltung entstanden. Um eine von der Post nicht anerkannte Forderung des Landkreises in Höhe von 18 000 Mark, die als Wegebauabgabe für den Verkehr der Postautobusse verlangt werden, einzutreiben, hat der Landrat bei der Stadtkasse einen Vollstreckungsbefehl erwirkt und durch einen Vollziehungsbeamten mit polizeilicher Unterstützung ein von der Fahrt in den Posthof zurückkehrendes Postauto pfänden lassen. Die Postverwaltung protestierte gegen die Pfändung unter Hinweis darauf, daß nach der preußischen Gerichtsordnung eine Behörde den Fiskus nicht pfänden lassen darf. Die Pfändung wurde trotzdem durchgeführt und das Postverkehrsauto als Sicherheit bei einer Privatfirma untergestellt. Der einzigartige Streitfall wird nunmehr die Regierungsstellen beschäftigen.

Ein teurer „Scherz".

Menden, 3. Febr. Ein Fabrikarbeiter hatte durch Hochhalten des Armes einen Autobusführer in die Meinung versetzt, mitfahren zu wollen und das Auto zum Halten veranlaßt, ohne die kundgebende Absicht zu verwirklichen. Für diesen albernen Spaß sollte er 10 ℳ Polizeistrafe zahlen, wogegen er gerichtliche Entscheidung beantragte mit dem Erfolge, daß die Strafe auf 20 ℳ erhöht wurde.

Kindesleiche gefunden.

Amt Lütgendortmund, 4. Febr. In der Nähe des Bahnhofs Lütgendortmund-Nord, in dem durch die Böschung der Emschertalbahn führenden Durchlaß, entdeckte ein jugendlicher Arbeiter beim Auflesen der von den Zügen gefallenen Kohlen ein Paket, in welchem sich eine weibliche Kindesleiche von etwa sieben Monaten befand. Verschiedene Tatsachen lassen darauf schließen, daß es sich um eine Totgeburt handelt. — Namensänderung. Der Bergmann Johann Adam Sysnowsky Lütgendortmund, Bismarckstraße 45 wohnhaft, und seine volljährigen Söhne Johann August und Franz August führen jetzt mit Genehmigung des preußischen Justizministers den Familiennamen Süzhardt. — Einbruchsdiebstahl. Dem Wirt Leffler in Kirchlinde wurden durch gewaltiges Oeffnen eines Vorhängeschlosses aus dem Stall sechs Hühner entwendet.

Warnung vor einem Schwindler.

Mengede, 4. Febr. In jüngster Zeit hat hier ein Mann eine größere Anzahl Bestellungen auf lebende Schweine und Lebens- und Futtermittel entgegengenommen bezw. Verkäufe getätigt. Er ließ sich erhebliche Anzahlungen leisten. Sein Versprechen, die Tiere und Waren am Samstag voriger Woche zu liefern, hat er nicht eingehalten, auch sonst nichts weiter von sich hören lassen. Der Mann nannte sich Schulte, und wollte Bergmann und Kötter, und in Höchsten (Kreis Hörde) wohnhaft sein. Nach den von der Kriminalpolizei angestellten Ermittelungen wohnt der Mann aber nicht in Höchsten. Offenbar hat man es also mit einem Schwindler zu tun, der vermutlich auch anderwärts sein unsauberes Handwerk ausübt. Beschreibung des Mannes: Etwa 34 Jahre alt, mittelgroß, trägt blaue Schirmmütze, blaue Umschlaghose, grüngraue Lodenjoppe mit Gürtel, grauen Mantel. Weitere Geschädigte wollen sich an die Kriminalpolizei in Mengede oder an ihre Polizeibehörde wenden.

Diebesfrechheit.

Hamborn, 4. Febr. Einem alten Mann, der eben aus dem Wohlfahrtsamt kam und dort seine Unterstützung empfangen hatte, wurde von einem etwa 15jährigen Mädchen der Betrag in dem Augenblick entrissen, als er im Begriffe war, den 50-Markschein in seine Brieftasche zu stecken. Da der alte Mann eine Verfolgung nicht aufnehmen konnte, wurde die Diebin von einem anderen Herrn gestellt und der Polizei übergeben.

Erschossener Einbrecher.

Hamm, 4. Febr. In einer der letzten Nächte versuchten Diebe in die Keßlersche Besitzung in Marwieck einzudringen. Der Eigentümer erwachte aber durch das Geräusch, das die Diebe beim Durchsägen eines Gitters verursachten. Ein abgegebener Schreckschuß vermochte die Einbrecher nicht zu verscheuchen. Ein zweiter Schuß traf einen von ihnen tödlich. Seine Leiche wurde am nächsten Morgen in der Nähe gefunden.

Selbstmordversuch von vier Beamten.

Barmen, 4. Febr. Zwei hiesige Schupobeamte, ein Polizeioberwachtmeister und ein Polizeiunterwachtmeister unternahmen vor ein paar Tagen gemeinschaftlich einen Selbstmordversuch durch Aufschneiden der Pulsader. Der Oberwachtmeicher ist seinen Verletzungen erlegen. Der Grund ist unbekannt, soll aber nicht in dienstlichen Verfehlungen zu suchen sein.

Tödlicher Unfall.

Nierenhof, 4. Febr. Durch einen Unglücksfall fand der Gesteinsarbeiter Janssen sofort den Tod, während an derselben Stelle der Bergmann Lahren schwer verletzt wurde.

Geh. Kämmerer Prälat Frings †

Steele, 4. Febr. Geh. Kämmerer Prälat Frings ist sanft entschlafen. Seit 1896 wirkte er segensreich an der Waisenhauskirche. Papst Benedikt XV. ehrte seine priesterlichen Verdienste durch Ernennung zum Prälaten und Geh. Kämmerer.

Neuer Pfarrer.

Selm, 4. Febr. Der für die hiesige evgl. Kirchengemeinde neugewählte Pfarrer Heilmann, Sohn des bekannten Schulmannes Oberregierungsrat Heilmann aus Minden, wird am Sonntag, den 14. Februar ds. Js., von der obersten Kirchenbehörde in sein Amt eingeführt werden. Der hier früher amtierende Pfarrer Koopmann ist nach Witten versetzt und leitet dort das Jugendpfarramt.

Rundfunk-Nachrichten.

Die Westdeutsche Funkausstellung eröffnet.

In Köln wurde mit einer kurzen Feier die Erste Westdeutsche Funkausstellung durch Oberbürgermeister Dr. Adenauer eröffnet. Dr. Adenauer sprach die Hoffnung aus, daß die Ausstellung die Einführung des Rundfunks für die bisher davon angeschlossenen Gebiete beschleunigen und darüber hinaus das Funkwesen insgesamt fördern möge. Wie schon der lebhafte Besuch der Ausstellung am Eröffnungstage vermuten ließ, trat die große Anziehungskraft dieser auch an den folgenden Tagen in die Erscheinung. Nicht nur aus Köln, sondern auch aus der gesamten Rheinprovinz, wie aus entfernteren Städten haben zahlreiche Interessenten die Ausstellung besucht.

Schach.

Dr. Emanuel Lasker in Amerika.

Der deutsche Altmeister des Schachspiels, Dr. Emanuel Lasker, der sogleich nach Beendigung des internationalen Schachturniers in Moskau nach Amerika reiste, gab in Neuyork eine Simultan-Vorstellung. Dr. Lasker spielte gegen nicht weniger als 37 Gegner, von denen er 35 besiegte, während zwei Parteien remis endeten.

Verantwortl. für Kunst u. Wissen, Theater u. Konzert, Turnen u. Sport: Theo Schäfers, Schwerte.